

Wochenchrift für die gesamte Ostmark

Registrierung
Eing. 4. JULI 1931

Herausgegeben von E. Ginzkel u. Dr. Franz Lüdke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund e. V., Wm.-Charlottenburg 2

Erscheint wöchentlich einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1,50 M., Einzelnummer 20 Pf., u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Einzelzeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluss an den Text auf Textbreite 20 Pf.

Nr. 27.

Berlin, 3. Juli 1931.

12. Jahrg.

Inhalt: S. 311: Deutschland, Rußland und die Anderen. / S. 314: Ein Verzicht: Solltun Deutschland-Oberostpolen. / S. 315: Deutschland und der Doppelvertrag mit Polen. — Seine Verlängerung des wirtschaftlichen Doppelvertrages. / S. 316: Das deutsche Schulnetz in Oberostpolen. — Umlageausfällen im Doppelvertragsgebiet. / S. 317: Eine Missionierung zum Doppelvertragsgebiet. — Der Überlieferungsprozeß wieder verlagert. — Umlageausfälle im Doppelvertragsgebiet. — Deutscher Schulnetz in Ostpolen. / S. 318: Der Schwarzmarkt vor Zanzibar. — Deutscher Handel in polnischen Ostpolen. — Die Güter und der Herrscher. — Rücknahme des Arbeitsvertrages deutscher Arbeiter. — Ein Auslandsbesuch zum Ostland. / S. 319: Die polnische Grenzposten in Ostpolen. — Das Grenzpostenhaus in Ostpolen. — Das Grenzpostenhaus in Ostpolen. — Arbeitsvertrag deutscher Arbeiter in Ostpolen. / S. 320: Ostpolen und die Grenzposten. — Grenzpostenhaus. — Grenzpostenhaus. / S. 321: Grenzpostenhaus. — Wägen.

Deutschland, Rußland und die Anderen.

Die Grenzpostenbewegung hat im Laufe der letzten Jahre im Ausland beachtliche Fortschritte gemacht. Aber die Kritik, die weitblickende Politiker, Journalisten und Wissenschaftler in Frankreich, England, Italien und in anderen Ländern an den Versailler Ostgrenzen geübt haben, ist noch nicht nachdrücklich genug, um bestimmend auf die Entschlüsse der Regierungen dieser Länder einwirken zu können. Da sich Frankreich aus heute noch jeder Revision der Versailler Verträge nicht weicht, mochte es vor allem auch die von Deutschland angestrebte friedliche Revision der Ostgrenzen verhindern, ist es erklärlich, daß man in Deutschland die Entwicklung Somjertrupslands auch im Hinblick auf dessen Einstellung zu Polen und zur Grenzfrage verfolgt, in der Gewißheit, daß dort eine Macht heranwächst, die wirtschaftlich, politisch und militärisch in Zukunft einmal eines der stärksten und vielleicht das stärkste Bewegungszentrum Europas sein wird. Wäre Rußland nicht ein hochentwickelter Staat, dann würden in Deutschland über die Möglichkeiten und Aussichten einer deutsch-rußlandischen Zusammenarbeit in der polnischen Frage wohl kaum ernstliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Daß trotz der starken welt- und abendlichen Hemmungen freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Staaten bestehen, wird in Frankreich und Polen, wo man den deutsch-rußlandischen Verhältnis ein weittragende Bedeutung für die künftige machtpolitische Gliederung des europäischen Kontinents beimißt, naturgemäß recht peinlich empfinden. Man fürchtet für Polen, das zu unglücklich zwischen die beiden, dem Versailler System feindlichen Mächte eingeklinkt ist und dessen heillosen Verstand man von der Schwäche dieser im Weltkrieg gelittenen Großmächte abhängig weiß. Man sieht, daß zwischen Deutschland und Rußland seit dem Vertrag von Rapallo und vor allem seit dem Berliner Vertrag von 1926 ein ganzes Verhältnis besteht, während es zwischen Polen und Rußland mancherlei Konflikte gibt, die geographisch, wirtschaftlich und schließlich zu tief begründet sind, um eines Tages nicht wieder mitspielen zu können. Man fürchtet daher in Somjertrupsland den Helfer Deutschlands im Kampf gegen Versailles, vor allem im Kampf gegen die Bestimmungen des Versailler Diktates, die sich auf die deutschen Ostgrenzen beziehen, — und zwar den Helfer, dessen Wirkungskreis nicht innerhalb des Genfer Völkerbundes liegt, sondern der von außen her, durch die heillosen wirtschaftliche Übermacht und durch das Schwergewicht seines Namens und seiner Menschen, auf das Versailler System der französischen Vorherrschaft drückt, in welches Deutschland, Italien, Ungarn und die anderen nach Rußland verlangenden Staaten und Völker heute noch eingepaßt sind.

Kreis Deutschlands anstehen. Viele Ausstellungen gingen zumeist in der Voraussetzung, daß sich Deutschland nicht nur hinsichtlich der Pflege freundschaftlicher Beziehungen im Einvernehmen mit Rußland befindet, sondern auch im Bunde mit Moskau die kommunisistische Zerlegung Europas und die Vorbereitung eines neuen Krieges, der die Völker nützlich zugrunde richten würde, betreibt. Die Absicht solcher Betrachtungen liegt auf der Hand, so folgen namentlich bei den angelsächsischen Völkern, die in den Dingen, die den Weltfriedensangelegenheiten, sehr empfindlich sein können, Deutschland in den Verdacht der bewußten oder unbewußten Mißhilfe an der Zerrüttung der abendlichen Gestalt und des kapitalistischen Wirtschaftslebens bringen. Die Rücksicht auf die angelsächsischen Länder, deren Deutschland in den Rußlandfragen beachtlich, soll dieses vor Dreisache seines Handels- und Verkehrsverhältnisses zuzunehmen. Die Vermutungen, die es erhoben werden, gehen in der Regel vom Berliner Vertrag aus, den Deutschland im Jahre 1926 nach seinem Eintritt in den Völkerbund mit Rußland abgeschlossen hat.

Dieser Vertrag, der das Rapallo-Abkommen als die Grundlage der deutsch-rußlandischen Beziehungen beläßigt und eine freundschaftliche Verständigung der vertragsschließenden Teile über alle die beiden Länder berührenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art vorsieht, bestimmt in Artikel II, daß, wenn einer der vertragsschließenden Teile trotz friedlichen Verhaltens von einer dritten Macht oder mehreren dritten Mächten angegriffen werden sollte, der andere vertragsschließende Teil während der ganzen Dauer des Konfliktes Neutralität beobachten soll; in Artikel III heißt es, daß keiner der vertragsschließenden Teile an einem wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott des anderen Teiles teilnehmen soll. Um einem ergänzenden Notenwechsel zwischen Stresemann und Ruzkoff zu urteilen, wurden diese Bestimmungen im Hinblick auf die im Völkerbund erkannenden antirußlandischen Bestrebungen dahin ergänzt, daß die Deutsche Regierung sich bereit erklärt, derartigen Bestrebungen, die sich einseitig gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken richten sollten, mit allem Nachdruck entgegenzuwirken. Schon in Vororro 1925 war Deutschland befreit, seiner gewöhnlich friedlichen Haltung zur Sowjetunion durch die Bestrebungen dahin ergänzt, daß es eine einseitige Auslieferung des Artikels 16 der Völkerbundsatzung herbeiführen würde, in welchem Artikel von der Verpflichtung der Völkerbundmitglieder die Rede ist, alles Erforderliche zu veranlassen, um den Streitkräften eines jeden von Räte zur Intervention gegen den „Verursacher eines „paktdrängigen Krieges“ den Durchzug durch ihr Gebiet zu ermöglichen, d. h. ihr Land zum Transit- und Versorgungs- und Nachrichtenzentrum für den verhängnisvollen militärischen Aufmarsch der im Auftrage des Völkerbundes kriegsführenden Mächte zur Verfügung zu stellen.

Die Bedeutung dieses Vertragsverhältnisses für Deutschland im Hinblick auf die Grenzfrage ist nicht zu verkennen. Sie ist vor allem psychologisch zu beurteilen, insofern die beiden dritte Mächte, so Frankreich und Polen, in mancher Hinsicht die Rücksicht auf dieses Vertragsverhältnis zwischen Berlin und Moskau sich in ihrer Politik gegenüber Deutschland doch einiger Zurückhaltung auferlegen, die sie ohne eine solche Hemmung vielleicht nicht für er-

Daß Frankreich und Polen daher die wie ein Wettstreiten vor ihrer Politik liegende, deutsch-rußlandische Zusammenarbeit zu verhindern und zu hüten versuchen, ist zu verstehen. Vor allem, weil man in diesen Ländern die Befürchtung nicht los werden kann, daß geheime Abmachungen zwischen Berlin und Moskau bestehen, die sich auf eine deutsch-rußlandische Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet und in der kommunisistischen Propaganda beziehen. Zweifellos sind, namentlich in französischen Vätern, Artikel zu finden, deren zum Teil sehr einflußreiche Verfasser die entsprechenden Mutmaßungen über die Volkseigenen freundschaft der deutschen Regierung und der aktivistischen

forderlich halten würden. Man kann wohl sagen, daß Polen Deutschland gegenüber noch anspruchsvoller und aggressiver auftreten würde, wenn es nicht befürchtete, daß durch ein allzu herausforderndes und gewalttätiges Verhalten irgendwem unbekannter Vertragsabschluß ausgeht wird. Die Schuld der Verletzung durch Moskau, das sich in ihr europäisches Rechtssystem nicht einengen konnte, mußte in vergangenen Jahren durch Italien aus, als es gleichfalls einen Grenzabschluß mit Rußland abschloß und diesen Vertragsabschluß in seiner Presse bald kommentierte, daß das von den Pariser und Warschauer Politikern so häufig hinierte Phantom eines italienisch-rußländischen Bündnisses, dem die unheimlich und verächtlich unaufrichtigen Mächte, die angeschlossen wurden, nur seiner Verwirklichung lebe. Insofern ist auch das deutsch-rußländische Grenzverhältnis, wie es in Berliner Verträge festgelegt ist und wie es in einem über den Rahmen dieses Vertrages hinausgehenden Umfang in Frankreich und Polen befürchtet wird, ein Plus für die deutsche Politik — und das um so mehr, als die Polen sich nicht in die Forderungen nach Revision der deutsch-polnischen Grenze grundsätzlich wohlgefällig ist und, wie ein besonders guter Kenner der deutsch-rußländischen Beziehungen kürzlich in der „Germania“ (Zf. 277 vom 18. Juni 1931) mitgeteilt hat, in Berlin bindende Unterlagen zeigend der Moskauer Regierung vorliegen, die einen Vorstoß dieser Art mit anderen Mächten keine Verbindungen zu führen versprochen hat, durch die das von Polen und Frankreich angestrebt Offiziarum verwirklicht werden könnte. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Verlängerung des Berliner Vertrages nur zu begrüßen. Der deutsche Gesandter in Moskau und der russische Botschafter in Warschau sind sich einig, daß die Verlängerung des Berliner Vertrages vom 24. April 1926 sowie des beigetragenen Notenwechsels durch Unterzeichnung eines Protokolls erfolgen. Gleichzeitig ist aus walden den beiden Regierungen am 25. Januar 1929 geschlossene Schlichtungsabkommen mit der Geltungsdauer des Berliner Vertrages (einjährige Kündigungssfrist) in Einklang gebracht worden.

Die französischen Versuche, die Verlängerung des Vertrages zu hinterfragen, sind also gescheitert. Frankreich bemüht sich jedoch gegenwärtig — ebenso wie Polen seit längerer Zeit — den Wert des russischen Vertrages herabzumindern, indem es selbst mit Moskau in ähnlicher Weise die Verbindungen zu einem neuen Vertrag erwirkt. In Paris finden jetzt französisch-rußländische Verhandlungen statt. Die Anregung dazu soll, wie es in Paris heißt, von Moskau ausgehen sein. Diese ganze Aufmerksamkeit ist gegenwärtig auf die Durchführung des Völsing-Propagandas gerichtet, die große, im Januar nicht aufzubringende Summen erfordert; und Frankreich ist das Land, das zuerst die Mittel beschaffen muß, um die Verbindungen zu einem neuen Vertrag zu verwenden, um sie einer Stärkung seiner geopolitischen Stellung in Europa dienbar gemacht werden können. Auf wirtschaftlichem Gebiet handelt es sich für Frankreich zunächst einmal darum, mit Moskau endlich eine Regelung des Vorkriegs-Schuldensproblems, über das bereits vor Jahren, 1925—1927, erfolglos verhandelt wurde, zu erreichen. Die Verhandlungen des Comités großer Kredite erörtern. Als Entgelt soll es durch die Erstellung von Lieferungsauflagen am wirtschaftlichen Aufbau Rußlands beteiligt werden — was ihm weit wertvoller ist, als von Moskau die Zustimmung zu einem Nichtangriffspakt erhalten. Ein solcher Pakt würde eine Garantie der politischen und wirtschaftlichen Objektivität bedeuten. Wenn er auch nach der oben erwähnten Moskauer Zulage in Berlin, keinem Offiziarum zustimmen, nicht die französische Hoffnung auf eine Garantie aller polnischen Grenzen durch Rußland verwirklichen kann, so würde er doch Polen und Rumänien wenigstens für einige Zeit von

der häufigen russischen Drohung befreien. Moskau wird einen solchen Pakt allerdings wohl als ein Mittel, das Frankreich zur Bergabe von Krediten veranlaßt, betrachten, nicht aber als einen endgültigen Verzicht auf die Geltendmachung seiner eigenen Ansprüche auf die Ukraine und das Balcans. Moskau würde vielleicht auch in die Gebiete der „Vereinigten“, das es ohnehin nicht die Kraft besitzt, sie sich wiederzubehalten. Ein beratender Nichtangriffspakt wäre für Moskau kaum ein Opfer, zumal es von Frankreich dafür die finanziellen Mittel zur Mobilisierung der Kräfte erhält, die es später einmal zur Verwirklichung seiner gegen die westlichen Rohbären gerichteten Vorhaben ansetzen wird. In dem Augenblick, in dem es sich nicht in Rußland abzulassen, die russischen Kräfte zu beschleunigen. Es betrachtet dieses freundliche, zu v. S. von rumänischen Mobilisierungen, im übrigen von Ukrainern, Deutschen, Juden, Katakoren, Bulgaren und anderen Völkern bewohnte Land als seinen endgültigen Besitz. Moskau dagegen hat ausdrücklich erklärt, daß es dessen Abgabe an sich nicht als ein Opfer betrachten würde. In der gegenwärtigen Zeit seine Ansprüche darauf geltend machen würde. Zwischen Rußland und Polen ist im März vor 10 Jahren im Frieden von Riga eine Grenze festgelegt worden, die in keiner Weise eine innere Verfestigung hat, sondern in ihrem Verlauf lediglich dem inneren Verhältnis der beiden abgeklärtesten Geister einen Vergleichspunkt zur Verfügung stellt. Man muß sich vorstellen, was das umgewandelt, was das Kräfteverhältnis sich einseitig zugunsten des einen oder des anderen der beiden Staaten verschift. Man weiß, daß Moskau die Rigarer Lösung bei günstiger Gelegenheit umfassen wird, auch dann, wenn der auf die Angliederung der benachbarten russischen Gebiete abzielende Plan, der die russische Kräfte zu treiben, hinter dem bolschewistischen Imperialismus, der die ganze Welt umspannt, zurücktreten sollte. Man weiß andererseits auch, daß es gegenwärtig polnische Kreise dem 1920 misglückten Plan nicht aufgeben haben, die Ukraine bis zum Unerreichten sogar bis zum Don an Polen auszuliefern und sich in die Ukraine einzusetzen, dort bis zum Schwarzen Meer bis zur Ostsee vorzudringen. Es ist ohne bekannt, daß Moskau den Raub des Willagebietes durch Polen nicht anerkannt hat und daß es seine Entschloßung zu bilden bereit ist, die Polen etwa auf Kosten Litauens und Weißrusslands zu treffen zu lassen. Die Objektivität der russischen Bundesgenossen im Osten besitzen also keine innere Stabilität; sie scheinen die Kräfte künstlicher gemaltamer Auseinandersetzungen in sich.

Für Polen wird die zukünftige und wohl unausweichliche Auseinandersetzung mit Rußland die Entscheidung über sein weiteres Schicksal sein. Die Entscheidung über die Zukunft des Landes wird von der Festigung seiner staatlichen Selbständigkeit gependet hat. Ware Polen sich dessen bewußt, dann würde es das kleinere Übel wählen, d. h. es würde bereit sein, eine Verständigung mit Deutschland auch unter Opfern an Gebiet zu erkaufen, um seine staatlichen Macht und politischen Kräfte im Osten dem Druck der 40-Millionen- und 50-Millionen-Völker der Sowjetunion auszuweichen. Die politische Bindung an Frankreich, die Polen in der bisher recht einträglichen, die Zukunft aber vielleicht einmal sehr vererblichen Gegenpartei zu Deutschland besitzt, macht es wehles gegen die größere Gefahr, die im Osten aufsteht und die auch durch einen französisch-rußländischen Nichtangriffspakt nicht zu beseitigen ist. Bei der gegenwertigen politischen Verhältnisseverfassung in Polen ist daran zu denken, daß das dort einsehen wird. Dort lebt man je Jahr in der liebgebeuften Gedankwelt des Versailles Diktats, von der auflebenden Kräfte zu sehen, die sich gegen das auf Betrug, Gewalt und Überheblichkeit gegründete Staatsregime erheben.

Dr. K.

Ein Vorschlag: Zollunion Deutschland-Osterreich-Polen.

In der Pariser Monatschrift „La Revue des Vivants“ veröffentlicht der französische Senator Henry de Jouvenel einen bemerkenswerten Artikel, in dem er sich mit der österreichisch-deutschen Zollunion auseinandersetzt. De Jouvenel beurteilt die wirtschaftspolitischen Erfordernisse des mittel- und osteuropäischen Raumes ganz richtig, wenn er z. B. schreibt: „Die Bildung dieser mitteleuropäischen Wirtschaftsblöcke hindern zu wollen, nur ein gefährliches Unterfangen. Wenn wir Europa dazu verdammen, unter den gegenwärtigen Verhältnissen weiter zu vegetieren, zu bringen wir es in eine verdammt schlechte Lage, deren Folgen für die Arbeiter und Bürgerkrieg sein können. Entweder werden Ost- und Mitteleuropa mit Deutschland zu einer mächtigen Zollunion oder es wird die Unfähigkeit des Kapitalismus, die Wirtschaft zu organisieren, klar zu Tage treten und Mitteleuropa wird Stück um Stück der Sozialdemokratie der Sowjets anheimzufallen. Schon aus diesem Grunde dürfen wir die Frage der Zollunion nicht um Scheitern bringen.“ De Jouvenel bemerkt, daß Frankreich in der Lage sein würde, die Orientierung des mitteleuropäischen Wirtschaftsraums nach Deutschland mit Woffensgenau zu verbinden. Der starke Widerstand Frankreichs würde Deutschland nur in die Arme Rußlands treiben und damit die Lage Polens erheblich verschlechtern. „Zu wissen“, so fährt er fort, daß Deutschland, erstarrt am das Gebiet Österreichs, auf Ungarn und Polen erheblichen wirtschaftlichen Druck wird ausüben können, während die Etscheshelmelei ihm vollkommen

ausgeschlossen sein wird.“ Frankreich werde dieser natürlichen Entwicklung nicht im Wege stehen, wenn es die Gemüths habe, daß Deutschland keine erhöhte Macht nicht gegen die Verbündeten Österreichs, die Etscheshelmelei und Polen, anwenden werde. Dann macht de Jouvenel einen interessanten Vorschlag zur wirtschaftlichen Organisierung Mitteleuropas, in dessen Verwirklichung er die Gewähr dafür sieht, daß der Wirtschaftszusammenstoß Deutschlands und Österreichs, den er selbst für unvorteilhaft und notwendig hält, sich nicht zum Schaden der Wirtschaft Österreichs und Polens, anwenden werde. „Dann würde“, würde die deutsch-polnische Grenzverfolgung aufgehoben und einem Offiziarum gleichkommen. Ja, sie wäre mehr wert als ein Offiziarum, denn sie würde den Gebietsforderungen Deutschlands „den gesuchten Ziel leben.“ De Jouvenel schließt: „Den größten deutschen Schaden einer Zollunion mit Österreich dürfte Frankreich „keine reaktionäre brutale Zurückweisung, aber auch keine Triandhellen fernem Zukunftsträume“ gegenüberstellen.“

Der Artikel de Jouvenels übertrifft durch die freimütige Kritik, die man in dem bisherigen Kampf Frankreichs gegen die österreichisch-deutsche Zollunion ist. Er gibt zu, daß die wirtschaftspolitische Ausweitung Deutschlands nach Osten eine unvorteilhafte Entwicklung ist; und er erkennt, daß diese sich unter

deutscher Führung vollziehende Entschädigung das einzige Mittel ist, den desorganisierten Osten vor der Anarchie und dem Volkshunger zu retten. Wenn man das aber jagt, dann bestreift man auch, das aber nicht im wesentlichen Sinne, den eigentlichen Kern der Frage: die unzureichende Entfaltungsbreite der deutschen Wirtschaftspolitik ist und das hat maßgeblich die letzten Frankfurter in diesem Raum einen führenden und gefährlichen Einbruch in fremde Bezüge bedeutet. Das ist immerhin ein Eingehändnis, wie man es von französischer Seite bisher nicht gehört hat.

Die Journale ist offenbar davon überzeugt, daß die Wirtschaftspolitik durch eine übertriebene deutsche SOLLATION zu einer Isolation und sehr mangelhaft auch für sie selbst so vorteilhaft wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland gelangen würde, daß sie sich nicht mehr dazu hergeben würde, innerhalb des großen mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes, dessen Teil sie ist, die Interessen Frankreichs wahrzunehmen. Das ist der eine Grund, weshalb die Journale einen Beitritt Polens zum deutsch-polnischen Wirtschaftsbandnis empfiehlt. Denn von Polen hofft er anschließend, es werde sich auch innerhalb einer SOLLATION gegenüber Deutschland so viel eigenen Willen bewahren können, daß es eine Frankfurter feindliche Tendenz des unierten Wirtschaftsraumes werde verhindern können. Der maßgebende Grund für den Journaleisen Vorschlag ist aber die SOLLATION, den polnischen Bundesgenossen vor dem ihm drohenden Schicksal eine mittlere östlichen SOLLATION aufzuheben und ihn von dem scharfen deutschen Druck auf seine Westgrenze zu befreien. Die SOLLATION soll also das auf andere Art nicht zu erreichende Ollotacoro ersetzen. Sie soll durch die Befreiung der Wirtschaftsräume zwischen Deutschland und Polen der deutschen Rechtsforderung den Boden entziehen.

Auch die Journale hat sich hier nicht von dem Grundbesitzer der französischen Vertragsstaaten allfälligen Fragen freizumachen können, der darin besteht, daß der Verbundung dieser Staaten nicht die natürlichen Verbündungen des Raumes, sondern maßgeblich die Absichten zu Grunde gelegt werden. Politische Spekulationen können aber für die Schaffung einer wirtschaftlichen Union, die sich nicht auf das Wohlwollen günstiger materieller und sozialökonomischer Verbündungen aufbauen kann, nicht maßgebend sein. Die Journale setzt sich über die alte Erörterung hinweg, daß das Zustandekommen eines Wirtschaftsbandnisses das Vorhandensein eines lebendigen Gemeinschaftsgefühls der sich verbindenden Völker voraussetzt, wie es bei Deutschland und Österreich in volstem Umfang, bei Deutschland und Polen aber nur sehr geringem Ausmaß vorhanden ist. Selbst wenn man etwa die Behauptung machen könnte, daß sich eine SOLLATION dieser beiden letzteren Staaten ohne erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten durchführen ließe, müßte man doch zugeben, daß eine solche Union — wenigstens vorläufig — eine psychologische Unmöglichkeit ist. Polen würde in der Reihe der Ollotacoro, die für eine Wirtschaftsänderung für Deutschland in Frage kämen, wohl die letzte Stelle einnehmen.

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht erheben sich gegen den Vorschlag Journale manche Bedenken. Als Ganzes gesehen, ist Deutschland ein Industriegebiet mit harkem agrarischen Unterbau und Polen ein überwiegend agrarisches mit beträchtlichem industriellem Einschlag. Im Verhältnis solcher Staaten zueinander kann man nicht so sehr von einer gegenseitigen wirtschaftlichen Ergänzung als vielmehr von einer wirtschaftlichen Erleichterung sprechen. Eine SOLLATION würde für Deutschland eine Minderung der heimischen Nahrungsgrundlage, für Polen eine industrielle Rückbildung bedeuten. Sie würde also in beiden Staaten gerade die Erwerbsbedürfnisse treffen, deren Pflege beide sich seit langem besonders angeeignet sein lassen. Eine SOLLATION würde eine einseitige, einseitige geldwerte Kaufkraft in Polen herauslösen — mit feinen industriellen Ergebnissen auf dem polnischen Marke erhebliche Fortschritte machen. Es müßte diesen Vorteil jedoch mit einer Schwächung seiner eigenen Landwirtschaft erkaufen, besonders der ostbaltischen Viehwirtschaft, die bei vollständiger Wirtschaftsführung den deutschen Wirtschaftsbändern ein so wertvolles polnische Viehwirtschaft arbeiten muß. Gegen eine SOLLATION würden also alle von beiden Seiten seit Jahren gegen den Handelsvertrag erhobenen Bedenken in noch weit stärkerem Maße geltend gemacht werden können.

Interessant ist der Kommentar, den das Krakauer Regierungsblatt, der „*Skiermanj Kurjer Olski*“ zu dem Journaleisen Vorschlag gibt: „Das Dispositum würde sich dieses Projekt nur dann eignen,“ so heißt es, „wenn die Wirtschaftsbänder nicht die nicht allein auf Polen, sondern gleichzeitig auf Frankreich, Belgien und Luxemburg ausgebeugt werden könnte. Nur dann würden die Einflüsse Deutschlands in dem Block gleich kompensiert werden und nur dann würde sich ein wirklicher pan-europäischer Block herausbilden können.“ Ertröben man den Journaleisen Vorschlag, man ist sich also vollständig zu sprechen kann, kann man doch feststellen, daß er, wie das erwähnte Krakauer Blatt sagt, „eine symptomatische Bedeutung“ besitzt, das soll heißen, ein Beweis dafür ist, daß sich erst zu nehmende Kreise in Frankreich bereits in einer Weise — wenn auch nur theoretisch — mit dem Problem der wirtschaftlichen Ergänzung des mittel- und ost-europäischen Raumes befaßt. Die die Wirtschaftsbänder in sich schon ganz wesentlich näher steht als die Aufstellungen, die zurzeit noch die amtliche Politik Frankreichs beherzigen, als die

reaktionäre Vormachtspolitik der döwainischen Kreise und als die Briand'sche „Pantaleone eines pan-europäischen Wirtschaftsraumens“ schließt.

Man kann infolgedessen den Journaleisen Vorschlag immerhin als die erste Phase eines Abwärtens mit einer Aussicht auf einen Schritt zurück betrachten, wie man sich in Deutschland doch niemals abgeben können: Eine SOLLATION kann nicht, wie es die Journale meint, ein Ersatz für die Grenzpolitik sein. Ein Ollotacoro muß von Deutschland, in welcher Form es ihm auch immer notwendig gemacht werden mag, in jedem Falle abgelehnt werden. Deutschland kann sich nicht damit zufrieden geben, daß die alten Provinzen, die es an Polen abtreten müßte, hinsichtlich ihrer Wiedererbindung mit dem Deutschen Reich auf gleiche Stufe mit den übrigen polnischen Gebietsanteilen, Kongresspolen, Galizien und den Ost-mitteleuropäischen, also Ländern herabgesetzt werden, die niemals in einem ähnlichartigen Wirtschafts-, Kultur- und Volkskammerband mit dem Deutschen Reich haben können. Die polnische Gebiete unter ihrer Recht und seine Verarmung und die ihnen zu teil werdenden kulturellen Wirkungskreis kann Deutschland unter keinen Umständen verzichten. Die SOLLATION zwischen Deutschland, Österreich und Polen legt eine Revision der deutsch-polnischen Grenze voraus.

Deutschland und der Handelsvertrag mit Polen.

Wie das „*Polener Tageblatt*“ und nachfolte polnische Blätter wissen wollen, beabsichtigt die deutsche Regierung, im Herbst den von Polen schon ratifizierten deutsch-polnischen Handelsvertrag ebenfalls zu ratifizieren, so daß der Vertrag zum 1. Oktober in Kraft treten kann. Diese Abmachung dürfte mit großer Wichtigkeit aufzunehmen sein. Die Frage in Deutschland hat sich wieder wirtschaftlich nach polnisch gelichtet, daß die Ratifizierung des Kaufvertrages durch Deutschland in Frage kommen könnte. Weder in der Landwirtschaft noch im Bergbau ist die Festigung der Wirtschaft eingetreten, die unerlässliche Voraussetzung einer Ratifizierung für Deutschland ist.

Keine Verlängerung des deutsch-polnischen Roggenabkommens.

Nach mehrjährigen Verhandlungen in Berlin ist am 27. Juni die Verlängerung des deutsch-polnischen Roggenabkommens durch den deutschen Reichsgerichtsdirektor Dr. Waade abgelehnt worden. Von polnischer Seite wird die Entscheidung mit möglichst guter Miene hingenommen und optimistisch kommentiert. Die baltische polnische Agentur Jaska erklärt: „Durch die Nichtverlängerung werden die größten Vorteile für unsere Exportfähigkeit auf Märkten, die wir während der zweijährigen Dauer des Roggenabkommens mit Deutschland kennen und beherzigen lernten (Deutschland hat also auch hier wieder dem Polen als Vertriebsgebiet).“ Polnische Wirtschaftskreise sind darauf vorbereitet, den Export von polnischem Roggen jetzt durch ein eigenes Verkaufsbüro fortzuführen. Der organisatorische Rahmen für dieses Büro ist bereits ausgearbeitet. Sich des Büros wird einer der wichtigsten Handelsmittelpunkte in polnischem Zollgebiet sein. Die Quabierung des bisherigen gemeinsamen deutsch-polnischen Verkaufsbüros in Berlin beginnt am 1. Juli.

Ob die Nichtverlängerung des deutsch-polnischen Roggenabkommens tatsächlich diejenigen Wirkungen haben wird, die man hier jetzt in Polen abzuwarten. Mit Exportkontingenten zent kommt Deutschland allerdings in der nächsten Zeit für Roggen nicht mehr in Frage, da es keine eventuellen Roggenüberschüsse — die zurzeit gar nicht vorhanden sind — nicht mehr mit Hilfe teurer Ausfuhrprämien ins Ausland bringt, sondern mit Hilfe des Zoll-Verfahrens für Verfüllungszwecke bereitstellen muß. Diesem Umstand, seinen jetzigen Verkaufsbüro in der Roggenausfuhr, die es sich für ein ähnliches Abkommen zu gewinnen, wie es bisher mit Deutschland bestand, scheint die Berücksichtigung noch recht fern zu sein.

Schließen und die polnische Keramik-Einfuhr.

Die schließlichen Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei haben im Preussischen Landtag folgende Frage angedeutet: „Wie steht es mit der Einfuhr von Keramik?“ Die Antwort lautet: „Durch die neue Offengene und den Zollkrieg mit Polen das früher bedeutende Abgabegabiel im heutigen Polen verloren. Es ist Polen außerdem gelungen, in Krakau und Lodz eine eigene keramische Industrie ins Leben zu rufen, die nicht nur Polen jetzt verlor, sondern der deutschen Industrie im eigenen Lande schädliche Konkurrenz macht. Die deutsche Regierung hat die Einfuhr polnischer Tonwaren verboten, dagegen besteht die Einfuhr von Spinnmaschinenfabrikaten und Installationsartikeln ungehindert weiter und schädigt die heimische keramische Industrie auf schwerste, da die polnische Industrie infolge niedrigerer Löhne, geringerer lohnlicher Zahlen usw. billiger liefert.“ Man fragt: „Wie steht es mit der polnischen Keramik-Einfuhr?“ Die Antwort lautet: „Die polnische Regierung hat die Einfuhr polnischer Fabrikate — besonders Spinnmaschinen und Installationsartikel — verboten und?

Das deutsche Schulwesen in Ostoberschlesien.

Die Eintragungen zu den deutschen Minderheits-Schulen in Ostoberschlesien haben ergeben, daß die Zahl der deutschen Schulkinder erneut zurückgegangen ist. Das hat mancherlei Gründe: Seit der Grenzziehung und andrerseits Deutsche aus Ostoberschlesien abgemindert, in die polnischen Ostprovinzen, sondern auch viele Minderheitsdeutsche, die wegen ihrer Bekanntheit zum deutschen Volkstum hier kein Recht mehr finden können. Gar manche von denen, die gern zurück ins Mutterland möchten, wissen, daß sie dort nur das Heer der Arbeitslosen vergrößern; wenn sie sich nun aber in Ostoberschlesien, wo sie noch einen Verdienst haben, erhalten wollen, so ist es nur die Erfüllung eines Wunsches, ihre Kinder in die polnischen Ostprovinzen zu schicken. Ramentlich in den kleineren Gemeinden bei der Ceror durch den Westmarkenverein und den Aufständischenverband sowie verschiedene andere „maßgebende Faktoren“ — trotz Genuß — so groß, daß dem Druck nur ganz harte Charaktere und in guten wirtschaftlichen Verhältnissen befindliche zu widerstehen vermögen. Aber dieser heroische Widerstand ist manchem leider vergelbt, wenn die vorgezeichnete Zahl der 40 Kinder nicht erreicht wird; denn dann müssen alle deutschen Kinder des betreffenden Ortes in die polnische Schule gehen!

Es gibt in Ostoberschlesien öffentliche Minderheitssozialschulen, staatliche höhere Schulen, städtische höhere Schulen, städtische Mittelschulen, private Minderheitssozialschulen und private höhere Schulen. Im letzten Schuljahr 1925/26 sind in Ostoberschlesien insgesamt 66 deutsche öffentliche Minderheitschulen mit 308 Klassen und 14282 Schulkinder. Die Zahl der Schulen und Schulkinder ist seit 1925/26: 83 Schulen mit 379 Klassen und 30645 Schulkinder ständig zurückgegangen. Die Zahl der Lehrer ging von 368 auf 302 zurück. Von den Schülereitern sind 14 Deutsche und 32 Polen (4, während es im Jahre 1925 26 Deutsche und 57 Polen gab, dagegen ist die Zahl der deutschen Lehrer von 309 auf 234 gesunken, die der polnischen Lehrer jedoch von 49 auf 68 gestiegen. Eine beträchtliche Anzahl von deutschen Lehrern wurde unter dem Vorwand entlassen, daß sie von Lehrerorganisationen in Deutschland Unterstützung annehmen. Daß so viele Schüler und Lehrer in Ostoberschlesien verbleiben, das heißt die meisten Minderheitschulen mit dem polnischen Schulen zusammen eingerichtet sind und der Leiter der polnischen Schule zugleich der Leiter der deutschen Schule ist!

Die sechs öffentlichen höheren Schulen für die deutsche Minderheit mit 1000 Schülern und 40 Schülern besetzt, die in 57 Klassen von 104 Lehrern unterrichtet wurden, von denen nur 26 Deutsche waren. In den staatlichen Gymnasien in Ratibitz und Königshütte und am staatlichen mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasium in Königshütte bestanden nur 2 deutsche Parallelklassen, ebenso am städtischen Gymnasium in Königshütte, während die städtischen höheren Schulen, das mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasium in Ratibitz und das mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasium für Mädchen selbständige Anstalten sind, die jedoch ebenfalls unter Leitung eines

Polen stehen. Die geringe Zahl der deutschen Lehrer an den höheren Anstalten ist darauf zurückzuführen, daß reichsdeutsche Lehrer nicht angestellt werden bzw. einwilligen entlassen wurden, während der deutsche Nachwuchs des Landes mit dem Studium erst fertig wird. In den Mittelschulen in Ratibitz und Königshütte sind 20 deutsche Mittelschüler in Ratibitz und 32 Scholern mit 1339 Schülern, die von 40 Lehrern unterrichtet werden, von denen sich auf zwei Lehrerinnen alle Deutsche sind, ebenso ist auch die Leitung in deutschen Händen.

Die Zahl der Schüler ist auch bei höheren und Mittelschulen im Laufe der Jahre stark zurückgegangen, was jedoch nicht die Anzeichen der Abnahme der polnischen Bevölkerung höherer Schulen unterteilt der Deutsche Schulleiter folgende: In privaten höheren Schulen unterteilt der Deutsche Schulleiter folgende: In eine Oberrealschule in Siemianowiz und Neudorf, in eine Realschule in Carnowiz, Plesch, Nikolai, Rybnik und Lipina; insgesamt 7 Schulen mit 69 Klassen, 101 Lehrern und 1070 Schülern. Das Gymnasium in Lublinitz wurde im Jahre 1924 und das Gymnasium in Musilowitz im Jahre 1929 wegen mangelnder Schülerszahl geschlossen. Daß der Wunsch der höheren Schulen auch stark von der wirtschaftlichen Lage der Eltern abhängt, ist selbstverständlich, wenn jetzt die Schülerszahl dieser Anstalten zurückgehen sollte, so sind zum Teil daran der Abbau und die Gehaltskürzungen schuld.

Private Minderheitschulen gibt es insgesamt 14, von denen 10 öffentlichen Schulleitern überlassen, während 3 Werkschulen und eine Waldschule (Hilber) sind. Die Zahl der Klassen beträgt 46, die der Lehrer 48 und die der Schüler 1573. Mit dem Abbau der öffentlichen Minderheits-Schulen, der überall dort erfolgt, wo die Schülerszahl unter die von der Genfer Konvention vorgeschriebene Zahl 40 sinkt, geht jedoch der Aufbau der privaten Schulen vor sich. Natürlich nicht in gleichem Maße, da die Mittel des Schulleiters nicht ausreichen, um überall dort, wo es nötig wäre, eine Schule einzurichten. Der Rückgang des deutschen Schulwesens in Ostoberschlesien war vorzusagen und wurde erwartet —, zu einer bestimmten Zeit wird er aber seinen Höhepunkt erreicht haben, dann nämlich, wenn die Abwanderung aufhöre und alle launen Elemente ihrer Bewohnerschaft vollzogen haben. Das bedenkselige, volksbewußte Deutschland wird sich sein privates Schulwesen erhalten und um die Erhaltung des öffentlichen Minderheitschulwesens kämpfen mit allen ihm in der Hand liegenden Mitteln. Die polnische Regierung darf nicht vergessen werden, daß bei aller Assimilationskraft des Volentums nicht alle deutschen Kinder, die durch eine polnische Schule zu gehen gezwungen sind, auch ihr Volkstum verlieren. Ebenso wie viele Polenführer durch eine deutsche Schule gegangen sind und dennoch im Herzen Polen blieben, werden viele Deutsche trotz der polnischen Schule Deutsche bleiben. Doch die Vorbereitung hierfür ist, daß das Elterntum deutsch ist und deutsch bleibt. Die Eltern zu ihrem Volke haben die Deutschen in Ostoberschlesien in den letzten Kampfböhen nur Genüge bewiesen. (Ostb. Morgenpost.)

Gefängnisstrafen im Deutschstumsprozess!

Am 26. Juni begann vor dem Appellationsgericht die Verfassungsverhandlung gegen die Vorstandsmitglieder des Deutschstumbundes. Einschließlich des deutschen Sejmobergeordneten, Oberleutnants A. D. Graebe, gegen den bisher geltend projiziert worden war, hatten sich elf Führer des Deutschstums in Polen besonnen und konnten, weil sie ihrer deutschen Herkunft zum Volkstum gemäß an der Erhaltung des Deutschstums in den durch den Versailles Vertrag an Polen gefallenen deutschen Gebieten arbeiteten und bemüht waren, die kulturelle und wirtschaftliche Lage ihrer Landsleute zu sichern. Dem Vorstiz führte in dieser Verhandlung Appellationsgerichtsrat Szylent. Die Anklage verteilte auch diesmal wieder der wegen seiner Schwelgerei gegen alles Deutsche bekannte Staatsanwalt Dr. Ruziczki (Bromberg), der sein Amt schon lange langung Mann, der deswegen als Sachmann für Minderheitenfragen gilt, weil er vor wenigen Jahren an der Polener Universität mit einer Arbeit über das „Minderheitswesen in Polen“ zum Doktor promoviert, der aber zu der Zeit, als die Anzeigeklagen vor fast gänzlich angebliebenen Vergehen begangen sein sollen, noch als Student die Krakauer Universität besuchte. Der Verteidigung lag in den Händen der Rechtsanwältin Spitzer (Bromberg) und Szegorzemski (Polen). Die Vorwürfe, die in der Anklagegedruckt gegen die ehemaligen Vorstandsmitglieder, die im 1923 aufgelösten Deutschstumbundes erhoben werden, sind bekannt. Den Angeklagten werden angebliche Vergehen gegen die §§ 129, 86 und 92 des deutschen StGB, das heißt noch den ehemaligen preussischen Reichsgesetzgebung, zur Last gelegt.

Der Hauptangeklagte, Oberstleutnant A. D. Graebe, wies bei seiner Vernehmung vor allem darauf hin, daß den Deutschen in Polen eine Verbindung mit dem Mutterlande keineswegs verboten worden sei. Er könne, die Verhältnisse der deutschen Reichsleiter betragend und der Minderheitsübertröcker hätten die Einwirkung einer Rechtsvertretung in Berlin notwendig ge-

macht, da man schwerwiegende juristische Probleme zu behandeln hatte. Im übrigen sei der Rechtsvertreter der deutschen Minderheit in Polen, der allseitig gefürchtet und im vergangenen Jahre leider verlorene Dr. Zupa, Rechtsberater der gesamten deutschen Minderheiten in Europa gewesen. Zum das Auslandsinstitut in Stuttgart sei die einzige Organisation, mit der Deutschen in Polen kein Vergehen sein könnte. Im übrigen ständen die polnischen Volksgruppen im Auslande in sehr enger Verbindung mit dem polnischen Mutterlande und dort bestehenden, dem Deutschen Auslandsinstitut ähnlichen Organisationen. Ihre Vertreter wurden sogar im vergangenen Jahre von Marzialski persönlich empfangen, und es wurde ihnen Hilfe der polnischen Regierung zugesichert.

Der Angeklagte Studienrat Heibel wies durch Aufführung ins einzelne gehender Tatsachen die völlige Haltlosigkeit der Anklage nach. Die andern Angeklagten verweigerten auf mehrere Ansetzungen ein selbständiges Verhör. Den Aussagen der Angeklagten, die den Verlesung des Bestätigungsmaterials brandte die Verteidigung Gegendokumente bei, die Punkt für Punkt die „Strofarben“ Handlungen in voller Selbstlichkeit als völlig legale Arbeit des Deutschstumbundes charakterisierten, so daß selbst der Staatsanwalt verschiedene seiner Anzeigepunkte fallen ließ. Der zweite Verteidigungsantrag, die Bestätigung des Sachverständigen Schulzits Rankomski, über die Angeklagten, die die Umfassung deutscher Kinder, über die Angeklagten die Bestätigung deutscher Deutschstumbundes in verschiedenen Sälen die Vermutung deutscher Schulpflichtiger Kinder in andere Ostprovinzen als Hüttingen anvertraut, um auf diese Weise die für die Aufklärung der deutschen Schulverhältnisse nötige Zahl von 40 Schülern zu erreichen. Der Sachverständige mußte zugucken, daß keine Verurteilungen beständen, die eine derartige Umfassung ver-

bieten. Damit brach auch dieser Punkt der Anklage völlig in sich zusammen.

Der Vorwurf des diplomatischen Verrats und des Staatsverrats beruhte darauf, daß die Stelle des Deutschlitauensundes als die deutsche Ersatzregierung erstlich habe über das Vermögen aus Polen ausgewiesener Deutscher, die in Deutschland Entschädigungsanträge stellten. Die Anklageten meinten noch, daß eine derartige Aufskundfertigung auch im Interesse des polnischen Staates lag, da die Ausgewiesenen in Deutschland zum Teil sehr hohe Stöbenanträge stellen und das Deutsche Reich seinerseits in einem Urteil des internationalen Schiedsgerichts verurteilt, daß Polen zur Entschädigungszahlung an diese ausgewiesenen Deutschen verpflichtet sei. Offenbar, um die erfüllterte Glaubwürdigkeit der Anklage gegen die Deutschlitauensführer zu lösen und um die beabsichtigte Verurteilung zu „entwertigen“, wurde auf Antrag des Staatsanwalts bei der weiteren Verhandlung des „Nationalen Rates“ die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Auch in dem Plädoyer von Staatsanwaltschaft und Verteidigung war die Öffentlichkeit nicht zugelassen. Nach den Mitteilungen, die der Vorsitzende des Appellationsgerichts dem Vertreter der Presse auf deren Erlaubnis machte, ist Staatsanwalt Dr. Kuski in seiner Anklagerede für die Angeklagten eine Verurteilung des Strafmahes gefordert und hat nach dem Plädoyer der drei Verteidiger Abgeordneter Oberleutnant a. D. Grabbe namens aller Angeklagten das Schlußwort gesprochen. Er äußerte sich noch einmal über die Ziele, die er als Leiter des Deutschlitauens verfolgt habe, und erklärte, daß sich die gesamte Tätigkeit dieser Organisation darübers innerhalb der gesetzlichen Schranken bewegt habe. Dabei meinte er jede Schuld für seine Mitangeklagten sei für sich selbst abzulehnen.

Am 30. Juni wurde endlich das Urteil gefällt. Es verurteilt die Verurteilten und hält das Urteil der ersten Instanz aufrecht. Demnach der Abgeordnete Grabbe, Studententribüne, Geschäftsleiter Krause, Verlagsdirektor Dr. Schol, Geschäftsleiter Schmidt und Abteilungsleiter Dobnermann je sechs Monate Gefängnis, Abteilungsleiter zwei Monate und Anteile Helwig Selter einen Monat Gefängnis erhalten. Die Angeklagten wurden nach § 129 des Strafgesetzbuchs wegen Umfassung von Amtsbefugnissen und Verbindung von Gesetzen mit ungesetzlichen Mitteln bestraft. Von der Anklage der Spionage, des Hochverrats und der Hochverratshilfe wurden die Angeklagten sämtlich freigesprochen. Ferner wurden die Angeklagten Helwik und Schmidt, die in erster Instanz noch zu je sechs Monaten Festung verurteilt worden waren, von der Verurteilung insgesam freigesprochen. Rechtsanwältin Grzegorzewski wurde sofort Revision an, was vom Vorsitzenden protokolliert wurde.

Eine Illustration zum Deutschlitauensprozeß.

Am Deutschlitauensprozeß sind die Führer der deutschen Minderheit bekanntlich angeklagt, weil sie Verbindung mit Deutschland gehabt haben sollen. Dabei haben die Führer der deutschen Minderheit in Polen sich immer loyal zum polnischen Staat bekannt und niemals irgendwelche Schritte gegen den Staat der von einigen Kagen in Deutschland in einem „Wismarckkongress“ unterzeichneten „polnisch-katholischer Kongress“ hinterlassen, an dem auch der Primas von Polen, Kardinal Dr. Glond und General Josef Haller teilnahmen. An diesem Kongress nahmen eine Reihe von Vertretern der polnischen Minderheit in Deutschland teil, die sich bis zum „Wismarckkongress“ des Deutschen Reiches hin zum „polnischen Vaterland“ bekennen und versprochen, für Polen in Deutschland zu wirken. Die „Deutsche Rundschau“ in Bromberg schreibt dazu: „Der polnische polnische Katholikentag in Wetzlar ist schon eine recht interessante Angelegenheit. Wenn wir Deutschen in Polen eine derartige Rundgebung an der Grenze, einmündig über in Schweißmühen, mitgebracht, die Welt würde ob dem Entsetzlichen, der sich dann im polnischen Vaterland erheben dürfte, in Erschütterung geraten. Wie glücklich wären wir aber, wenn wir nur über solche „Sollter“ (Aufbau der Minderheitschulen) zu berichten hätten, die unser „Mütter“-Kollege aus Wetzlar...“ Der Vorkämpfer der Minderheiten in der Sitzung, Janukowki, hatte es nämlich für gut gefunden, auf diesem Kongress eine Rede zu halten, in der er von den Solltern sprach, mit denen die preussische Regierung die Polen in Deutschland verfolge. In Preußen wird eine polnische Minderheitsschule nach der anderen eröffnet, in Polen hat man seit zehn Jahren nur von Schließungen von Minderheitsschulen gehört.

Interessant sind einige Äußerungen polnischer Führer auf diesem Kongress. So erklärte Prof. Dr. Gankowki vor der Universitäts-Polen: „Schritt für Schritt werden die polnischen Schulen in den westlichen Teilm von Schönen, der Polen die polnischen Sprachen innewohnen wollen. (Dah diese Segenden von Deutschland polnisiert werden, von „westlichen Teilm“, der Herr Drejoffel anheimend verweisen.) Kardinal Dr. Glond teilte mit, im nächsten Jahre würden zahlreiche Kapläne aus dem Priesterseminar in

Polen herangezogen, die dann unter den Polen in Deutschland wirken und sie in der Liebe zum Vaterlande befestigen und stärken werden.

Der Wladislawprozeß wieder vertagt.

Der dem polnischen Appellationsgericht wurde am 22. Juni die Hauptverhandlung im Prozeß gegen Wladislaw, Mikke und Preuß, der sogenannte Wladislawprozeß, der seit April zweimal vertagt worden war, eröffnet. Den Angeklagten wird Grenzüberbrechung ohne daß, verurteilt Geheimbündel und Spionage vorgeworfen. Diese Vergehen liegt die Anklage in dem Prozeß deutscher Wladislaw, aus Polen in Deutschland wobei diese an fünf von der Staatsprokuratur für Verbrechen teilgenommen haben. Ferner in britischen Verhandlungen mit der deutschen Jugendbewegung und in einer geplanten Wanderfahrt durch die Weichselregion und die alten deutschen Siedlungen, die jedoch nicht stattgefunden hat. In der ersten Instanz wurden die Angeklagten zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt. Der Staatsanwalt Dr. Kuski-Bromberg beantragte wiederum Aufhebung der Öffentlichkeit. Die Verteidiger, besonders Rechtsanwältin Grzegorzewski-Polen, widersprachen und verlangten Angabe der Gründe, da nicht im geringsten ein Interesse daran bestehe, daß die Öffentlichkeit über die Vorgänge nichts erfahren dürfe. Nach kurzer Beratung beschloß das Gericht, die Öffentlichkeit auszuschließen. Der Prozeß wurde merkwürdigermaßen nach vorläufiger Verhandlung kurz vor der Urteilsverkündung auf den 6. Juli vertagt, da einer der beistehenden Richter — plötzlich erkrankt.

Gefängnis für „unerlaubten Grenzübertritt“!

Sieben junge Danziger Stahlhelfer hatten am 21. Juni bei Wlaskau aus Unkenntnis die polnische Grenze an Dirschauer Brückenköpfe überschritten; sie waren von den Polen verhaftet und nach Dirschau verschleppt worden. Dort wurden fünf Dirschauer Gerichte zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. Dieses Urteil ist um so schicklicher, als die Grenzüberbrechung an dieser Stelle außerordentlich unüberrücklich ist. Polen gehört nur die Brücke und der auf der Danziger Weichselseite liegende Brückenkopf, nicht aber gehören die rechtsseitigen Weichselböden in Polen. Auf diesen Böden sind die Stahlhelfer verurteilt. Als sie die Ränge unterhalb der Brücke betraten, wurden sie verhaftet, da Polen den Standpunkt vertritt, daß dieses auf Danziger Weichselseite liegende Gebiet ihm gehöre. Polen begründet diesen Anspruch mit militärischen Erwägungen und erklärt, daß von hier aus etwa die Brücke gesprengt werden könnte. Die Danziger Stahlhelfer waren natürlich der Meinung, sich nach der Überfahrt an Danziger Gebiet zu befinden. Der Danziger Senat hat sich in seiner Rolle als die polnische Vertretung in Danzig geäußert. Das polnische Urteil ist ferner um so unangeleglicher, als vor nicht langer Zeit ein polnischer Militärflieger, der sich absichtlich über deutsches Gebiet begeben hatte und in der Nähe von Wlaskau aufgetrieben war, wegen des Vergehens gegen die Grenzvorschriften lediglich mit wenigen Tagen Haft bestraft wurde.

Wie die „Weichselzeitung“, Marienwerder, meldet, wurde am 29. Juni der Weichselhörnere Martinus aus Audernsee mit seinen beiden Söhnen bei Waden in der Weichsel von einem polnischen Grenzbeamten widersätzlich verhaftet. Es wurde nichts, daß Martinus darauf hinwies, daß er als Beamter der Grenze zu überfrieren und außerdem noch einen für ihn und seine Söhne gültigen Grenzpaßbescheinigung vorweise. Der polnische Grenzbeamte wies alle Einwände mit der Bemerkung zurück, daß er nicht lesen könne! Die drei Deutschen sollen nach Grunhof in der Nähe von Mame verschleppt worden sein. Eine Verbindung mit dem Verhafteten konnte trotz stiftiger Vermittlungen nicht hergestellt werden.

*

Deutscher Wahlprotest zurückgewiesen.

Das höchste Gericht in Warchau befahl sich am 27. Juni vom letztenmal vor den Sommerferien mit einigen Wahlprotesten, darunter auch mit dem deutschen Wahlprotest gegen die polnische ungarische Ungültigkeitserklärung der Wahlliche der deutschen Wahlgemeinschaft im Kreis Rybnik-Pliez-Geszen-Bielik. Das höchste Gericht hat die deutschen Gründe unbeachtet gelassen und den Protest zurückgewiesen. Dieser Urteilspruch ist um so unerwünschlicher, als die Deutschen im genannten Wahlbezirk früher stets höhere Mandate zu erreichen vermochten.

Deutschlands Zukunft liegt im Osten!

Tretet ein in den Deutschen Ostbund!

Danzig — Revision.

Der Baconexport über Danzig.

In der Statistik der fernwärtigen Baconausfuhr über Danzig sind Bacon aus erst vor wenigen Jahren aufgetaucht. Der Danziger Schiffschiffahrt- und Bahnbrecher für den Export von Bacon aus dem Danzig-polnischen Zollanschlussgebiet, der Danziger Hafen das Cor in den Absatzmärkten für die Danziger und die polnische Baconausfuhr gemessen, von der der größte Teil in England Absatz findet. Im Jahre 1929 sind insgesamt 15 073,3 T. Bacon über den Danziger Hafen zur fernwärtigen Ausfuhr gelangt. In dem Maße, in dem die Baconindustrie in Polen infolge staatlicher Unterführungen in Form von Zollrückvergütung sich ausdehnen konnte, schien auch die Belegung der fernwärtigen Baconausfuhr über Danzig anzunehmen, waren doch in dem ersten Halbjahre 1930 bereits nicht weniger als 11 406,5 T. Bacon zur Ausfuhr über Danzig gelangt; doch da letzte auch schon der Umschwung ein; im zweiten Halbjahre 1930 wurden nur noch 3766,4 T. Bacon über Danzig exportiert.

Was nun geschehen? Die polnische Baconausfuhr war von dem Danziger Hafen zum polnischen Nationalhafen Gdingen im Ostpreußen übergegangen. Im Juni 1930 war das Exportrückführungsgesetz in Gdingen in Benutzung genommen worden, im gleichen Monat nahm die Polnisch-Britische Dampfschiffahrtsgesellschaft mit der des Klerrams-Wilsons-Cinie erworbenen Schiffen den Verkehr Gdingen—England auf, im gleichen Monat letzte auch in der Baconausfuhr die Konkurrenz des polnischen Staatsschiffens nach Gdingen gegen den nach primärwirtschaftlichen Grundätzen arbeiten müßenden Danziger Hafen ein. Hier das Ergebnis: Es betrug in den Monaten Mai bis Dezember 1930 der Baconexport in T.

| | über Danzig | über Gdingen |
|-------------------|-------------|--------------|
| im Mai | 184 | — |
| „ Juni | 2247,7 | 223,4 |
| „ Juli | 1586,5 | 899,3 |
| „ August | 642,5 | 1347,6 |
| „ September | 797,9 | 1515,8 |
| „ Oktober | 318,7 | 1751,5 |
| „ November | 994,3 | 3297,6 |
| „ Dezember | 166,7 | 2382,0 |

Für 1930 lautete das Jahresergebnis der fernwärtigen Baconausfuhr über Danzig auf 15 172,9 T. über Gdingen bereits auf 11 197 T. Diese Konkurrenz Gdingens gegen Danzig hat sich im laufenden Jahre fortgesetzt. Während nämlich der fernwärtige Export von Bacon über Danzig in den ersten fünf Monaten 1931 nur noch 1534,5 T. betragen hat, belief er sich in der gleichen Zeit über Gdingen auf 21 659,3 T. So steht die „Erzeugung“ des Danziger Hafens nach dem „Ergebnisse“ Gdingens aus & So steht Polen seine Pflicht auf zur vollen Ausnutzung des Danziger Hafens, wie sie der polnischen Regierung durch die Entscheidung des Hohen Kommissars des Völkerbundes vom 15. August 1921 auferlegt worden ist!

Danzig-Gänge in polnischen Konsulaten.

Am Empfangsraum des polnischen Konsulats in Riga (lettland) sind „geschmackvollerweise“ in großer Aufmachung zwei Plakate in polnischer und deutscher Sprache an sichtbarer Stelle aufgehängt. Auf dem einen Plakat ist die Photographie eines Mannes zu sehen, auf dem anderen Plakat ein großes Hufeisen eingegraben ist. Die Unterschrift lautet: „Das Barbarentum der Lettlande in Danzig“ und „Der Schandfleck des 20. Jahrhunderts“. Im Text werden dann alle „Schandtaten der Deutschen in Danzig behandelt: Verhaftungen polnischer Briefkästen und andere Sachverbrechen, Überfälle auf die polnische Schulschule in Danzig, auf polnische Studenten, Beamten und Arbeiter, schließlich auch der „Überfall“ auf den polnischen Matrosen Jergak in Danzig, auf den sich das erwähnte Hufeisen bezieht. Dieser „Überfall“ ist ausführlicher geschildert. Unter diesem ganzen Wusch liegt lakonisch: „Kommentar überflüssig!“

Diese neue polnische Freiheit, die an die läghafte Verbreitung der Kriegsgeheimnisse des Weltkrieges erinnert, ist ein Zeichen für die „freundliche und freundschaftliche“ Einstellung der polnischen Regierung zu Deutschland. Vermuthlich ist dieses Plakat auch in anderen offiziellen Dienststellen der polnischen Regierung im Auslande öffentlich ausgehängt worden. („Angriff.“)

Die Schweiz und der Korridor.

Der deutsch-polnische Korridor ist wohl nur durch die Cassine erklärt, daß zur Zeit der Auegung der Grenzen sowohl Ausland als Deutschland als „entscheidendste“ Faktoren zurückschlagend waren, und bringt den Charakter des Verkehrs zwischen beiden besonders deutlich zum Ausdruck. Der Anbruch eines Binnenlandes ohne ungehinderten Zutritt zum freien Meer, dem wir als Schweizer wohl zu würdigen wissen, ist dadurch in einer mechanischen, nur auf den aktiven Beteiligten Rückblick nehmenden Weise begründet worden. Es hätten sich vielleicht andere Lösungen, ohne Verletzung Deutschlands, finden lassen. (Vgl. Niehoff-Jomake.)

Ein Korridor durch die Schweiz käme aus effluvidischen geographischen Gründen nie in Frage, so daß es wohl möglich wäre, eine solche Hypothese zu erörtern. Daß sich jedes Volk gegen die Fortentwicklung seines Staatsgebietes wehren würde, braucht ebensowenig erörtert zu werden.

Wohl aber könnte vom Standpunkt der Schweiz aus etwas über die Nachteile einer Binnentage gesagt werden. Dabei wird die wirtschaftspolitische Situation der Schweiz durch die Konkurrenz verschiedener Seehäfen, die unter verschiedener Hobeit stehen (Stolten, Frankreich, Belgien, Niederlande, Deutschland) tatsächlich erleichtert. Aber die Verteuerung und die Abhängigkeit der Aus- und Einfuhr von fremden Häfen, Schiffen und Schiffen und schließlich von internationalen Verhältnissen eine entsprechende Unsicherheit nicht mit einer solchen Lage immer verbunden und werden um so leichter, je mehr das von der See abgegrenzte Land auf den überseeischen Verkehr angewiesen ist.

Die öffentliche Meinung der Schweiz versteht, wie ich glaube, die für Deutschland unentgeltliche und nachteilige Lage, ist nicht überlegt, denn daraus Spannungen entstehen, und würde im Rückblick selbstverständlich alle friedlichen Mittel begrüßen und unterstützen, die zur Beseitigung von Reibungsursachen, zu einem beruhigenden Ausgleich der berechtigten Interessen beider Seiten und zu einem dauernd freundschaftlichen Verhältnis zwischen Deutschland und Polen beitragen geeignet wären. (Vgl. Niehoff, S. 10.) (Chefredakteur des „Berne“ in der „Königs-Blg. Sig.“)

Rundgebung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände.

Am 28. Juni, dem 12. Jahrestage der Unterzeichnung des Versailles Diktats, veranstaltete, wie alljährlich, der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände im ehemaligen Herrenhause in Berlin eine Rundgebung gegen die Kriegsschuldfrage und für die Revision des Versailles Diktats. Gouverneur J. D. Dr. Schaefer vermis in seiner Begrüßungsansprache auf die Wendung, die in der Erbitung durch den Vorschlag des Präsidenten der Vereinigten Staaten eingeleitet sei. Dieser Schritt müsse einen Wendepunkt in der ganzen Erbitungsgeschichte bedeuten, denn es liege unabwehrbar, daß sich die Verhältnisse der Erbitungsgeschichte aus dem Inkrafttreten der Erbitlungsfrist in der bisherigen Art und im bisherigen Ausmaß anfühlen könne. Universitätsprofessor Dr. Hoersch hielt alsbald einen Vortrag über das Thema „Revision und Kriegsschuld“. Seine Ausführungen waren im wesentlichen eingeteilt auf das in diesen Tagen erfolgte Ergehen des ersten Bandes der neuen von Gouverneur Hoover herausgegebenen „Kriegsschuldfrage“, die in der letzten Ausgabe von den juristischen Ämtern. Dieser Band ist der erste in der langen Reihe von Veröffentlichungen der Sammelorganisation über die Akten der russischen Politik von 1878 bis zur bolschewistischen Revolution 1917, betitelt „Die internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus“. Die Dokumente aus den Archiven der juristischen und der profitorischen Kriegsschuldfrage. Die Veröffentlichungen wurden im Kampfe um die Kriegsschuldfrage wertvolles Lektürematerial bringen und sich als Meilenstein auf dem Wege zur Wahrheit erweisen. Der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage liegt die Grundlage für die Revision der Erbitlungsfrist. Gänzlich seien schon die Stimmen aus den ersten Unternehmungen verstummt, die die geglaubt hätten, das alte Deutschland neu beleben zu können und gleichzeitig damit ein neues, besseres Deutschland zu schaffen. Hauptlast sei, die Unrichtigkeit der gegenwärtigen Behauptungen zu erweisen, daß Deutschland mit seinen Verbündeten planmäßig fünf Jahren aus Eroberungslust auf den Ausbruch eines Krieges hingearbeitet habe, daß es ebenfalls kannte alle friedlichen Bemühungen während des Krieges zu verhindern, auch daß es von allen zu den Waffen gezwungenen Staaten am besten vorbereitet und am stärksten gerüstet gewesen sei. Die Mittel, die Deutschland im Kampfe gegen die Widerlegung dieser Behauptungen zur Verfügung ständen, seien schon ungenügend groß und müßten von Tag zu Tag, um mehr auch durch die Schwächung der russischen Stellung. In aller Eile müßten die Stimmen, die die richtigen Grundlagen der Vertragsbestimmungen von Versailles als nicht berechtigt, als falsch annehmen. — Die Rundgebung schloß mit dem Gesang des Deutschlandliedes.

Ein Auslandspaß 200 Sloty!

Während es den fortgesetzten Vermählungen und Anträgen des Deutschen Klubs im vorigen Warschauer Seim gelungen war, eine Herabsetzung der Paßgebühren für die Ausreise nach Deutschland zu erreichen, hat das Innenministerium jetzt eine neue Erhöhung der Paßgebühren angedroht, und zwar soll ein Paß für polnische Ausreise für 200 Sloty statt bisher 100 Sloty und ein Paß für mehrmalige Ausreise 350 Sloty statt bisher 200 Sloty kosten. Die ermäßigten Paßgebühren für Berufszwecke und Studienreisen bleiben in der bisherigen Höhe bestehen. Die Erhöhung trifft vor allem die Arbeiter, die in Mittelstädten, dem Großstadtgebiet am häufigsten gemacht werden, und die Arbeiter. Die Angehörigen der deutschen Minderheit haben unter dieser Maßnahme ganz besonders schwer zu leiden. Während die Polen in Deutschland Reisen nach Krakau, Lemberg, Polen, Warschau, Zokopane usw. unternehmen können, bleibt es den Deutschen in Polen unter diesen Umständen fast durchweg verweigert, ihre Verwandten in Deutschland zu besuchen.

Entschädigungswesen.

Emigrantensteuer.

Der Landesverband Berlin-Brandenburg hat in seiner Quartalsitzung am 20. Juni d. J. von der inzwischen bekanntgegebenen Kurstabelle Kenntnis genommen. Die hierbei sich ergebenden Beträge sind — abgesehen von wenigen Fällen — sehr gering. Es muß davon ausgegangen werden, daß den Entschädigten von der polnischen Regierung damals mildernd die Hälfte, ja wohl mehr ihres als im alten Vermögens durch die Emigrantensteuer genommene wurde. Die Hoffnung der Entschädigten bestand in der vollen Wiederermächtigung des ihnen jüngstigen Unrechts, wie es auch vor der Sprachkommission beantragt und in dem Urteil des Reichsminister-Rats vom 6. März 1931 zum Ausdruck gebracht worden ist. Ohne generell höher darauf einzugehen, welchen Schaden der einzelne durch die Abgabe der Emigrantensteuer mitzuleiden erlitten hat, möchte es die Gerechtigkeit der Betroffenen als erneute härtere Belastung empfinden, wenn ihnen von den geringen rein kursmäßig erhöhten Goldmarkbeträgen noch ein Abzug in Höhe etwa der Hälfte dieses Betrages gemacht werden würde. Der erweiterte Vorstand des Landesverbandes Berlin-Brandenburg hat daher eine Entschädigung angenommen und darin die Forderung erhoben, die Emigrantensteuer nach den sich aus dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen ergebenden Bestimmungen voll zu entschädigen. Diese Entschädigung ist dem Bundespräsidium und von diesem den zuständigen Stellen weitergeleitet worden.

Kursentwicklung der 6prozentigen Reichsschuldverschuldungen am 30. Juni 1931.

| Fälligkeit | alte R. Sch. | neue R. Sch. (Polen) |
|------------|--------------|----------------------|
| 1932 | ca. 95 1/2 % | ca. — |
| 1933 | „ 85 3/4 % | „ 84 1/2 % |
| 1934 | „ 80 3/4 % | „ 80 % |
| 1935 | „ 77 3/4 % | „ 80 % |
| 1936 | „ 77 3/4 % | „ 83 3/4 % |
| 1937 | „ — | „ — |
| 1938 | „ 72 1/2 % | „ — |
| 1939 | „ 70 3/4 % | „ 67 1/2 % |
| 1940 | „ 70 | „ — |
| 1941 | „ 68 3/4 % | „ — |
| 1942 | „ 65 3/4 % | „ — |
| 1943 | „ 64 3/4 % | „ — |
| 1944—1948 | „ 64 3/4 % | „ 63 3/4 % |

Bundesnachrichten.

„Polaken“.

Wir haben in früheren Jahren wiederholt über Fälle berichtet müssen, in denen Ostheringel von der einheimischen Bevölkerung durch die Bezeichnung „Polaken“ beleidigt worden sind. Wir haben in diesen Fällen anheimgerufen, die Beleidigungsklage zu erheben. In der letzten Zeit sind jedoch Fälle erfrischenderweise festgenommen worden. Der kürzest hat sich jedoch wieder ein Kandidat bei einer Meinungsverschiedenheit dazu hinsetzen lassen, einen Mitglied einer unserer Ortsgruppen gegenüber mit Bezug auf die Ostbundesmitgliederschaft zu äußern: „Ach bin Deutscher und ihr derst. „Polaken kommt hierber und plündert den deutschen Staat aus.“ Wir haben dem Ortsgruppenvorsitzenden zur Behandlung der Beleidigungsklage beistanden. Die Angelegenheit hat sich demnach durch die Erhebung geklärt, daß der Beleidiger die Beleidigung in dem örtlichen Lokalgebäude, bei Bekanntheit zurückgenommen und einen Sühnebetrag von 30. M in die Kasse der Ortsgruppe gezahlt hat.

Aus der Bundesarbeit.

Versammlungskalender.

Ortsgruppe Berlin - Ost: Monatsversammlung Freitag, 4. September, um 7 Uhr und August fallen die Versammlungen der Sommerferien wegen aus.

Ortsgruppe Berlin - Reinickendorf: Monatsversammlung Donnerstag, 6. August, um 7 Uhr fällt die Versammlung aus.

Ortsgruppe Mariendorf-Empelhof: Die Versammlung im Monat Juli fällt aus. Nächste Monatsversammlung am 13. August.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Berlin-Reinickendorf veranstaltet am 31. Mai im Konzerthaus von Waldeemar Schneider (Anhalter Jol. Köben) in Potsdamer 1. Baustr. 3. ihr Sommerfest. Es werden viele Mitglieder mit ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten erscheinen, auch konnten Vertreter des Landesverbandes Berlin-Brandenburg sowie der Vorstand und verschiedene Mitglieder der benachbarten Ortsgruppe Berlin-Nord begrüßt werden. Die Musik wurde vom

Musikverein „Sarmone“ gestellt, welcher seiner Aufgabe sehr eifrig nachkam und durch klassische Konzerte erfreute. Und so wurde der Aufenthalt in den letzten feierlichen Stunden sehr angenehm gestaltet. Auch die Kinder kamen der Besichtigung und Darbietungen, Überbringung von kleinen Interaktionen und auch süßen Selbsten auf ihre Rechnung. Eine preiswerte Comola gab Gelegenheit, schöne Gemine einzuheimsen. Einer brachte der late Nachtmitag sein heftiges Unwetter, welches die Teilnehmer in den Saal verführte. Dort blieb man noch bei trotz allem guter Stimmung bis Mitternacht zusammen.

Die Ortsgruppe Potsdam hielt am 16. Juni ihre Monatsversammlung ab, in der nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten Herr Dr. Wilschki über „700-Jahr-Feier Altpreußens“ sprach. Einleitend gedachte der Redner der 1000-Jahr-Feier des Rheinlandes, der gegenüber die Marienburg-Opferfeier-Feier wesentlich schlichteren Charakter aufweise. Ihre Bedeutung sei deshalb aber nicht geringere. Besonders sei durch sie dem deutschen Volke die genutzte Leistung nähergebracht worden, die im Laufe der Jahrhunderte deutsche Raumenergie zu entfalten vermocht hat. Der Vortragende entwickelte ein Bild von den zeitgeschichtlichen und allgemeinen volkspolitischen Voraussetzungen, unter denen es dem Deutschthum möglich war, in Preußen Fuß zu fassen und dort ein deutsches Staatswesen zu schaffen. Wie planlos unter der Herrschaft des Deutschen Ordens die Kolonisation dieses in einem überaus kurzen Zeitraum zu höchster Blüte gelangten Ostlandes sich vollzog, prägt sich noch heute im gesamten Landschaftsbild, in der Gestaltung der Städte und Dörfer sowie in der Anlage der Straßen und der Einbindung der großen Ströme aus. Daß an dieser Kolonisation das germanische Deutschthum aus allen Stämmen umwandelndes Bürger und Bauern beteiligt war, hat für Weltensart und Schicksal des Deutschthumslandes die größte volkspolitische Bedeutung gehabt. Im weiteren konnte der Vortragende nachweisen, wie das im 2. Thurner Frieden (1466) an die Krone Polen abgetretene Westpreußen mit dem heutigen Staat n. a. durch P r e s l o n i u m verbunden, als ein heftigen Stimm ein a u t o n o m e s Gebiet bestehen sollte, daß aber Polen später unter Druck der Verträge das westpreussische Stammthum des Ordens seinem Staate einverleibte. Durch die Reformation hat auch das Deutschthum Altpreußens eine neue Kraftquelle, eine Stärkung des Gedankens der Selbstverantwortung und der volklichen Selbstbestimmung erhalten. Die räumliche Ausdehnung dieses tiefen jüdischen Staatsgedankens in den während der Reformation erweiterten Reichthum sind nach dem Zusammenbruch von Jena Träger dieses preussischen Gedankens gewesen: Reichsfreiherr von Stein, Hardenberg und E. M. Arndt. Im deutschen Reichsgedanken haben die staatsbildenden Energien des Preussenthums dann ihre höchste Auswirkung gefunden. Der durch den Überbruch gegen Versailles mit im altpreussischen Geist seine härtesten Triebkräfte finden. Der Vortragende dankte dem Redner für die mit reichem Bewußtsein aufgenommenen Ausführungen. Das Wahrsprechen des Abtimmungsbeschlusses: „Dies Band bleibt deutsch“, wie es in dem kleineren Maß vor der Marienburg als Spruch eingeschaltet steht, löst jeder Opferkrieger in seinen Willen und sein Bewußtsein aufzuheben. Die Erinnerung daran geht noch die händige Mahnung, die dem Deutschen Ostland Ziel und Richtung gibt: „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!“

Landesverband Ostmark.

Ortsgruppe Dresden. Unter großer Beteiligung der hiesigen Einwohnerzahl beging am 14. Juni die Ortsgruppe das Fest der Johannisweihe. Außer den Ortsgruppen Frankfurt, Keppen und Jüdelitz nahmen auch die hiesige priol. Schützengilde, der Verein ebem. Waffengeführten, der Verein ebem. Artilleristen und die freiwillige Schutzabteilung vom Roten Kreuz mit ihren Schützengilden dem Fest bei. Der Vorstand leitete die Feier unter dem Musikleiter Doble geleitetem Sängerchor der Aufbauschule und des „Gemischten Chors“ vorgetragenem Lied „Wir treten zum Beten“ began. Ihm folgte ein von Volker Watzsch-Einberg gut geführter Singsprecher. Nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Kofka folgte die Weihe der Säbne durch den Pfarrer Kitzsch. Nach dem Singsprecher S e m i n e r, ein ebemaliger Westpreusse, widmete herrliche Wünsche der verlorenen Heimat und unserer heutigen Ostmark. Seine Rede klang in das Hoch auf die Ostmark und das Vaterland aus. Als Vertreter des Landesverbandes Ostmark und zugleich für die Ortsgruppe Frankfurt a. d. O. sprach Stadtrat B a r t h e l - Frankfurt, der Herrsche die in seiner Rede dem Vaterland ein Hoch mit kernigen Worten die Verbrüderung der Ostbundesgruppen und der begleitenden Vereine. Umrahmt wurde die Feier von wirkungsvollen Sprechbüchern und Gesangsvorträgen. Dann folgte der Einmarsch in das Schlossklo, „Drossler Hof“. Gartenkonzert, Wettspiele und eine große Verlosung sorgten für Unterhaltung. Die Preise, etwa 120 Stück, waren von den Mitgliedern und Gästen der Ortsgruppe gestiftet. Auch von Musikleiter Peble geleitete und von Aufbauschüler aufgeführte Volkstänze erfreuten die Gäste. Als Abschieds. Sang.

Landesverband Schlesien.

Ortsgruppe Breslau. In einer Versammlung, die die Ortsgruppe zusammen mit dem heimathalb Breslau am 21. Mai veranstaltete, hielt Rechtsanwält Stenzel einen Vortrag über „Deutschlands blutende Ostgrenzen“ mit Lichtbildern. Diesem Vortrage war ein umfangreicher Vortrag im März vorausgegangen. Der Vortragende

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Verpönlisches.

Wiederbesenfeier 73jähriger Ehevertrauten.

Eine seltene Wiederbesenfeier begingen zu Canaberg a. d. W. fünf im Marienburger Ehevertrauten 1876 bis 1879 vorgebildet, jetzt im Ruhestand lebende Herren, alle 72 Jahre nach Eintritt in ihre Schulämter. Von 26 Schülern der Hülshofer noch 12. Von diesen waren Rektor Bösch - Berlin - Ritterhofe, Lehrer Schill - Berlin - Bernsdorf (früher Schorn), Mittelschullehrer Hoffmeyer - Canaberg, Schulleiter Stutski - Olberg (früher Jemelburg) und Rektor Walter - Danzig-Oliva erschienen, während die anderen sieben Kollegen teils aus gesundheitslichen Gründen, teils wegen weiter Entfernung nicht an der Wiederbesenfeier teilnehmen konnten. Eine weitere Wiederbesenfeier soll in Kolberg im nächsten oder im Sommer 1935 stattfinden.

*

Das 25jährige Dienstjubiläum konnte am 1. Juli der Magistratsomstgehilfe Wilhelm Schmidt in Magdeburg Süd-Ost, Hermannstraße 12, begehen; früher Polizeibehördenamter in Kometz, Kr. Samter.

Das 25jährige Meisterjubiläum beging am 1. Juli Herr Bezirksforstinspektoremeier Erwin Eisele in Berlin-Neukölln, Ellenstr. 75; E. ist Begründer und Vorstandsmittglied der Ortsgruppe Verein ehemaliger Culmer und Schwetzer.

Verloft: Debrer Walter Rikel in Graben b. Striegau, früher in Bork, mit Frä. Erika Werth in Striegau; Kaufmann Hans Wulzig in Striegau mit Frä. Margarete Schmalene, Einzelhändler der Frau Ottilie Eske, früher in Olfrowe. Frä. Elisabeth Sander, Berlin-Kaulsdorf, Pianistin, 48, früher Wagnersdom, mit Biskermeister Ernst Böse, Kabbe a. d. S., Bernburger Str. 54, früher Ramnthal, Kr. Samter.

Silberne Hochzeit: Werkmeister Peter Hammes und Frau Charlotte, geb. Domakowski, in Weigenfels, früher Danzig, am 11. 7.; Stadtermessungsbeobachter August Randa und Frau Margarete, geb. Riedel, Seppel, Frau, Berlin.

Selbne Hochzeit: Schneidermeister Friedrich Schwalz in Berlin N 113, Bornholmer Str. 11, früher in Birnbaum, am 11. 7.; Kleinrentner Ferdinand Wittliche und Frau Udo, geb. Förster, in Berlin N 54, Sophienstr. 18, am 25. 7.

Wiederhe Ostmärker: Frau Oberlehrer Luise Raskow, geb. Schröder, in Sagan, Kr. Barzschitz, am 13. 6. 73; Frau Marquardt, Charlottenburg, Kanstr. 62, früher Oebke, Kr. Roshowo, am 12. 7. 86 J.; Frau Maria Bergert, Ehefrau des Rektors i. N. August Bergert, früher in Rosowen; jetzt in Johannisdorf (Ostpreußen), Segelstr. 2, am 25. 6. 70 J.; Eisenbahnsekretär i. N. Wilhelm Emskat in Inherburg (Ostpre.), Bunte Reihe Nr. 9, früher Welen, am 14. 7. 70 J.; Frau Emskat 65 J.

Schleibent: Wollfabrik Emma am 26. in Königsberg i. Pr., früher in Hohensalze, am 26. 6., 60 J.; Frau Ernestine Steinke, Mutter des Lehrers Heinrich Steinke, in Sagan, früher in Garmikau, am 9. 5., 92 J.; Frau Agnes Ruge, geb. Heilrich, in Sagan, früher in Neugut b. Vilsa, 70 J.; Buchbinder C. S. Wölke, früher in Polen, jetzt Sagan u. i. Schöffen, am 18. 6., 76 J.

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Grenzmark Posen - Westpreußen, mittlere Ostmark und Pomern.

Neu-Deutsches. Die hiesige Grenz- und Kriminalpolizei hat einen Signalbuchapparat erhalten mit dem bei unberechtigtem überfliegen deutschen Grenzgebietes polnische Flieger durch Lautraketen zum sofortigen Landeuforderung werden sollen. Es handelt sich bei diesem Signal, das auch alle Flugplätze besitzen, um das im internationalen Vultrecht vereinbarte Zeichen: „Sofort landen!“ Und wenn die polnischen Flieger nun das Zeichen nicht beachten? Was dann? Protest in Warschau und alles bleibt bei altem!

Aus Ostpreußen.

Garnise. Zwei polnische Militärsingee kamen am 17. Juni aus Richtung Räderberg, machten über G. - Ostlaga ein Schiff überfliegen Gornize und verschwinden dann in Richtung Grauden. Trotzdem die beiden Flugzeuge in einer Höhe von 1200 bis 1500 Metern flogen, konnten die Abzeichen einwandfrei erkannt werden. „Es ist wirklich höchste Zeit“, bemerkt ein ostpreußisches Blatt hierzu, „dass hier in Garnize ein Flugkörper aufgestellt wird, um den polnischen Fliegern die Orientierung zu erleichtern.“

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Polen.

Wromberg. Die Reihe der Kirchenzündungen in Polen ist wieder um eine vermehrt worden. In der deutsch-erzengelischen Kirche im Wromberger Vorort Prinsenthal wurden sämtliche Fenster, wertvolle kunstgemalte Scheiben, von Angehörigen militärischer polnischer Jugendverbände eingeworfen. Halbwillkürige Polen er-

brauchen - angegriffen von Erwaachsenen - die Sakristei der Kirche, gelangten in das Innere, beschmäheten den Altar und spielten Fußball in der Kirche. Es fand sich keine polnische Fahne, die diesem Treiben ein Ende machte.

Wromberg. Wiederum ist deutschen Soldaten der Konfess dieker bedroht worden. Frau Ida Matz in Margonin, auf deren Grundstück der Konfess schon mehr über 100 Jahre ruht, ist ein Opfer dieser Verwörung geworden. Weiter wurde betroffen: in Epina Soldatet Kjel, in Samotwieb Kaufmann Wolkmann, in Radomski P., Wlaskow in in ostpreußischen Gollowen, Gollowen etc. In den beiden letztgenannten Orten gibt es nun keine Schankkneipen mehr, trotzdem es sich um große Gemeinden handelt.

Aus Westpreußen.

Öbgingen. Das polnische Eisenbahnministerium hat den Grundstach aufgestellt „Jedera Polska w Öbgingen“. Im Verlof dieses Grundstaches sind in diesem Jahre bereits eine große Anzahl von Kaugonen und Kongressen nach Öbgingen verlag worden. Am 29. Juni wird in Öbgingen ein Kongress des Allpolnischen Kaufmannsverbandes stattfinden, der über die aktuellen Probleme des polnischen Handels beraten wird. Der Kongress wird naturgemäß in erster Linie propagandistischen Zwecken dienen.

Grauden. Der polnische Staat hat dem deutschen Prinzen Otto von Litzow in Grauden, das dem deutschen Schulrektor in Polen gehört, die Rechte eines staatlichen Gymnasiums verliehen. Das Gymnasium ist die erste deutsche Schule in Polen, die sich einer solchen Maßnahme erfreuen kann. Die staatliche Anerkennung gibt der Schule das Recht zur Abhaltung der Abiturientenprüfung, während bisher die Schüler aller deutschen Schulen die Prüfung nur einem polnischen Kommission ablegen mußten, die die Prüfung aus äußerer Ermächtigung.

Konig (Weißhellerkarridort). Vor der Volksschule stand früher ein Bismarkdenkmal. Nach Einmarsch der Polen wurde der Kopf Bismarcks beseitigt. In dem Kampf hat man jetzt einen Springbrunnen eingebaut und so aus dem Bismarkdenkmal einen Springbrunnen gemacht.

Konigst (Polen). Die polnische Heeresverwaltung beschäftigt, nach 1. August d. J. in die Stadt Konigst ein Bataillon Ostpreußen. Die Ostpreußen sind in Konigst am 1. August einmarschiert. Der polnische Staat hat die polnischen Grenzgebiete nach der Schaffung einer polnischen Grenzarmee am Eisenbahnknotenpunkt Dirschau auch das Kriegsgesetz des Korridors von Polen militarisiert.

Drei Bücher zur Revisionfrage.

Grenzen, Tribute, militärische Kühlung - das ist der immer wiederkehrende Dreiklang der Revisionfrage des Verfassers. Die drei Bücher sind: „Die Ostpreußenfrage“, „Die Ostpreußenfrage“, „Die Ostpreußenfrage“. Der polnische Staat hat die polnischen Grenzgebiete nach der Schaffung einer polnischen Grenzarmee am Eisenbahnknotenpunkt Dirschau auch das Kriegsgesetz des Korridors von Polen militarisiert.

„Das Ende der Reparationen“ von Dr. Hjalmar Schacht, 1931. Steifkartoniert 6,20 Mk.; Ganzleinen 6,80 Mk. Die Buche das wegen der Person seines Verfassers, des ehemaligen Reichsbankpräsidenten, Aufsehen erregt hat, jetzt sich in umfassender Weise in der Entscheidung der Erbfrage, mit den verhängnisvollen Auswirkungen der polnischen Schulden auf die deutsche und die Weltwirtschaft, mit Sinn und Ziel des Dames- und Youngplans auseinander. Schacht lehnt sich nicht, in die innenpolitischen Hintergründe und Vorgänge des deutschen Komplexes um die Revision der Erbfulpans hineinzuversetzen und über die Zusammenhänge zu sprechen, die ihn, den zum Zustande geführten Sachverhältnissen, veranlaßt haben, von seinen Vorkursen zurückzutreten, als es ihm die Nachbigkeit der deutschen Außenpolitik im Haag unmöglich machte, die Verantwortung für das Youngbiktal, das einen Rückfall in die gemalt-polnische Erpressungspolitik bedeutete, zu tragen. Um gegenwärtigen Augenblick, der die Verewigung der jetzigenzeitigen Schanbitten Warnungen in jeder Hinsicht befähigt, und in dem die Erbfrage den das aktuellste außenpolitische Problem Deutschlands ist, muß jeder polnisch Interessierte das „Ende der Reparationen“ gelesen haben.

Das dritte Revisionsproblem, die Küllungsfrage, wird in einer weiteren Veröffentlichung des Stalling-Verlages behandelt: „Das ist die Abklärung: Der Sohn der Abklärungskartell von Verjailes.“ Von S. W. von Oerben. 1931. Kartontiert 5 Mk., Ganzleinen 6,50 Mk. Die große Abklärungskonferenz, die Anfang 1932 stattfinden

Jeil, wird von unerlässlicher Bedeutung für die Gestaltung Europas werden. Mit welchen Ausichten wird Deutschland auf diese Konferenz gehen? Auf diese Frage gibt der Verfasser in seinem Buch die Antwort. Er zeichnet all jene Verhandlungen und diplomatischen Bewegungen, die den Weg des Abbrüstungsgedankens leit der Beendigung des Krieges darstellen. Von der Frage die der deutschen Entlohnung geht er aus. Er zeigt die Politik der großen Weltmächte, das Stillbleiben der Seemächte um die Kriegserklärung auf See, die Hintertrepparbeit der Rüstungsindustrie und die kleinen hochlopalenden internationalen Spione und besonders den Hauptakteur der Abbrüstungslogoge, Frankreich, das die durch die Friedensverträge von 1919 gefasste Gestaltung Europas zu vereinigen

müsst. Organe tritt die Bild der Abbrüstungsgeschichte, geboren aus der eignen Lebendigkeit ihres bewegten Geschehens und gestaltet zu einem spannenden Bild der großen Politik. Ein Buch voll Farbe und Spannung, das auch den Zeitgenossen und den Träumen vor der ungeschwundenen Wichtigkeit der Friedensfragen für die Befreiung und den Aufstieg Deutschlands übertrag.

Dr. R.

Diese Nummer umfasst einschließlich der Beilage „Am Ostmärkischen Herd“ 16 Seiten.

Für die nicht von der Bundesleitung veranlasseten Anzeigen im Anzeigenteil kann eine Haftung nicht übernommen werden.

Bilanz per 31. Dezember 1930.

| Aktiva: | | Passiva: | |
|-------------------------------------|-------------------|----------------------------------------|-------------------|
| | R.M. | | R.M. |
| Kassenbestand | 50,— | Gesellschaftsguthaben | 3 326,— |
| Guthaben bei Banken | 21 358,— | Rücklagen: | |
| Schulden in lfd. Rechnung | 21 827,04 | Reservefonds | 2 444,50 R.M. |
| Rechnungsfelder | 246 654,— | Betriebsrücklage | 5 000,— |
| Inventar | 1,— | Veltreberfonds | 14 854,55 |
| Effekten | 200,— | Zwischentreibe | 218 104,— |
| Innere Berechnung 32 203,48 R.M. | | Gläubiger in lfd. Rechnung | 4 030,75 |
| | | Staatsbeiträge | 3 100,— |
| | | Verfahrensstellen Rückstände | 2 000,— |
| | | Siedlungsbeiträge | 43 632,97 |
| | | Innere Berechnung 32 203,48 R.M. | |
| | | Gewinn | 1 042,61 |
| | | | 290 000,68 |
| | <u>290 000,68</u> | | <u>290 000,68</u> |

| Mitgliederbewegung: | |
|---------------------------------------------------|---------------------------------------|
| Stand am 1. Januar 1930 | 61 Genossen mit insgesamt 64 Anteilen |
| Zugang in 1930 | „ „ „ „ 22 „ |
| Abgang in 1930 | „ „ „ „ 22 „ |
| Stand am 31. Dezember 1930 | 39 „ „ „ „ 42 „ |
| Verminderung des Gesellschaftsguthabens | 400,— R.M. |
| Verminderung der Passiva | 6 800,— „ |
| Gesamthaltsumme | 12 600,— „ |

Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Ostmark“ e. G. m. b. H.

Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstraße 43.
Der Vorstand: **Hempel, Schröder.** Der Aufsichtsrat: **Schmid, Dietrich, Oberreisor.**

Sichere Existenz!
Lebensmittelgeschäft mit Grünwaren- u. Brotverkauf, in Magdeburg, Umstände halber sofort zu verk. Auskunft durch **Dr. Magdeburg, Johannismberg 16.**

Ostmärker!
treten unserer Sterbefälle bei.

Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G. m. b. H.
(Geschäftshilfe des Deutschen Ostbundes)
Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43, Tel. Steintp. 8031

Vermertung der
6% Reichsschuldbuchforderungen
durch Verkauf und Beleihung
Beleihung kurzfristig und langfristig bis zu 75% des Kurswertes zu günstigen Bedingungen
Vorzeltige Kredite an Polengeschädigte
(auch Emigrantensteuer)
wofür ein größeres Kontingent zur Verfügung steht.
Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

Achtung! Möbeltransporte

Verkaufe oder verpackte mein neuerbautes **Wohn- u. Geschäftshaus** in einer neuen Großsiedlung. Saugins- neuereit, Passend für Lebensmittel-, Schlachtereier oder jedes andere Geschäft, jedes Krantheit und überliegend. Offerten unter 1099 an das Ostland erbeten.



Auto, Bahn in Berlin und nach außerhalb Lagerung.

Berlin SW 61, Teltower Str. 47/48

F 5 Bergmann 1616

Für Ostmärker Ermäßigungen.

unfern herzlichsten Dank.

D. Djejomski und Frau, geb. Brechlin.
Berlin-Wilmersdorf, Im Juni 31.
Brandenburgische Str. 68.

Am 23. Juni d. J. ist
unser viertes Kind

Hedwig geboren.

Das zeugen hocherfreut an
Reichsbaumeister **Hermann Noetel** und
Frau **Ewa**, geb. **Vomplitz**.
Grottelstein (Eifel).

Verkaufe

wegen schon. Entzantung
Glas- Porzellan- Sauss-
haltartikel-Gesellschaft mit
schöner Wohnung, beste
Lage, Mittelstr.
Branchenkenntnis nicht
erforderlich, bei einge-
arbeit. Verj. — An-
zahlung cr. 10 Mille,
Schuldungforderungen
und arb. Werte werden
in Zahlung genommen.
Offerten unter 2000 an
das Ostland erbeten.

Übernehme

die Bearbeitung und
Betreiber bis l. end-
gültigen Auszug in
Auswanderer-
(Emigranten-) Steuer-
sachen sowie in noch
schwebenden Liquidations-, Gewalt- und
Polenjudenangelegen.
Synibitus Budjuh,
Berlin-Charlottenb. 2,
Grolmannstraße 15 1/
fr. Sandner-erklaunmer-
Synibitus in Bromberg.

Bilanz per 31. Dezember 1930.

| Aktiva: | | Passiva: | |
|-------------------------------------|-----------------------|---------------------------------|-----------------------|
| Kasse | 294,91 | Spareinlagen | 10 035,25 |
| Aufwende Rechnung | 36 543,99 | Laufende Rechnung | 2 352,97 |
| Vron.-Gen.-Bant | 2 912,10 | Vron.-Gen.-Bant | 15 000,— |
| Beziehungsfonto | 42 231,15 | Beziehungsfonto | 39 282,10 |
| Guth. bei ander. Genossen | 6 000,— | Guthaben bei Genossen 17 216,21 | |
| Beziehungsfonto | 338,65 | Reservefonds | 2 368,60 |
| Verlust | 1 306,46 | Betriebsrücklage | 1 007,50 |
| | | Rückstellfonto | 2 364,63 |
| | <u>R.M. 89 627,26</u> | | <u>R.M. 89 627,26</u> |

Durch Überfahmung von 2364,63 R.M. auf Rückstellfonto ergibt sich der Verlust, dieser ist durch Betriebsrücklagen und Reservefonds gedeckt. Es verbleiben auf dem Reservefonds 2069,64 R.M., Zahl der Mitglieder zu Anfang des Geschäftsjahres 237, Zugang 12, Abgang 33, Mitgliederbestand am Ende des Geschäftsjahres 216.

Spar- und Darlehnskasse, Deutscher Ostbund Schlesien
eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung.
König. Breslau. Stenzel.

Offmacker Preisfrei Glanzende Existenzen!

- Konfekturereignis, Ostloab Adl-
beck, 12 Jahre in letzter Hand,
Umsatz 15 000, Miete 1 600
- Billiges 6-Zimmer-Hauschen,
Handwerker, Restaurier in Bel-
gard 4 500
- Soal- u. Gartenlokale m. Frem-
denzimmer l. einem Auslage-
ort u. Kuck. Preis 60 000
- Wohn- u. Geschaftsrundluck,
f. jede Branche geeignet, i.
bek. Ausflugsort d. Riefen-
gebirges 15 000
- Vielraumsgrundluck m. Bur-
neri l. Berliner Vorort 15 000
- Sabrikergrundluck m. Wohn- u.
Lagergebuden i. d. Nabe u.
Magdeburg 12 000
- Wohn- u. Geschaftshaus m.
Konfektionskaufhaus l. mittl.
Stadt des Markthaus 25 000
- Geschaftsrundluck, f. Gewerbe-
betriebe aller Art geeignet,
an Ausflugsort Roslin-Bad
Polzin 10 000
- Bakerei- u. Konditoreigrund-
luck i. herrl. Vorort d. mede-
nburg. Wald- u. Serragang
Wasser- und Motormule m.
Landwirtschaft, Geflugeljagd
u. Schweinezucht 14 000
- Waldgrundluck m. Ofter-
sche (Oltr.) 12 000
- Waldgrundluck m. Schafstock
auf l. bek. Stadt l. Rie-
nungebirge 12 000
- Milchgrundluck mit Futter-
mittelhandl. Nabe Schwerin 5 000
- Bakereigrundluck m. Kaffee
in einem Vorort d. Schwerin 14 000
- Vielraumsgrundluck m. Saal-
geschaft u. Fleischeri l. Cau-
ban - erstl. zu verpachten 25 000
- Einfamilienhaus m. allem Kom-
fort, Garten m. vielen Edel-
obstbumen l. Marus (Schwef) 15 000
- Karlsruhe- u. Hotelgrundluck l.
d. deutschen Schweiz nur str.
Zukunftssache Breslau, drei Ge-
schaftshuser f. alle Zwecke 100 000
- Miete: nach Vereinb.
Etagenrume l. bestem Konfekt-
geschaft Berlin W. fur Bureau
Lagerung.

Miete: nach Vereinb.
Jowie viele Hundert weitere Existenz-
geschaft, wohn- u. gewerblich, oden-
wirtschaftlichen, Guldthor, Geflugelerne
oben, in allen Gegenden Deutschlands.
Sehen Sie uns Ihre speziellen Wunsche
an und verlangen Sie kostenlos unsere
illustrierten Prospekte mit ausfuhrlicher
Beschreibung.

KOCH & Co., Berlin W 10
Hohenzollernstr. 16. Tel.: 82 Lutzw 6933.

Mobelttransporte



in Berlin und
nach auerhalb
per Bahn und
Automobil-
wagen. Woh-
nungsaustausch,
Lagerung.

Berlin W 30, Nollendorferplatz 7, Sammel-: B 7, Pallas 6786

Hamburg !!!

Verkaufe per sofort
altersaher mein
**Tages- u. Kunst-
licht-
Photo-Atelier**
ohne Konturanz, mit
gutm. Inventar, ge-
wollt mit Wohnung ge-
legenen am Hafen, mit
Fremdenverkehr und
Industrie. Fur tagliches
Geschaft geeignet bei Aus-
nutzung aller Gewinns-
moglichkeit, beste Erleuchtung.
Keine Konturanz, per
Gez. Anfragen unter
1099 an das Ditland erb.

Landwirtschaft

ca. 30 Morgen, mit gut
Gebuden u. mitwachsens
guten Mittelboben von
Dunemer zu pachten
oder gegen ein Zwei-
familienhaus (Neu-
bau) in Kreisstadt, Best.
Strafmland gelegen,
zu kaufen geeignet.
Offerten unter 1098 an
das Ditland erbeten.

Verkaufe oder verpachte mein jones Gut

anerkannte Vehrrecht-
schaft, 205 Mg., arron-
diert, 2 km von Kreis-
stadt mit 20 000 Einw.,
Bach, eleganter Garten,
in Natur und Gebuden,
herrsch. l. Wohnhaus,
9 Zim., feine Sophel,
ubernahme fertig, erf.
18 000 bis 25 000 Mg.
Strichl. Angebote unt.
1094 an das Ditland erb.

Zu verkaufen:

Landwirtschaften in den
Kreisen Arnswalde,
Pirich, Solbin, 120, 80,
70, 45, 38, 22 und 15
Morgen, jede Groe
mit Licht und Kraft,
Landwirtschaft m. Mate-
rialwaren und 60 Mg.
Weizenboden. Preis
35 000 Mg., Angebots
8000 Mg., weit lange Zeit.
Landhaus in großem
Parkhof bei Solbin,
Preis 5700 Mg., Ans.
2500 Mg. Fast neu,
3 Wirchhuser, 3 Kuck-
en, 40, 70 Mg., Land-
besitzer anmelde, Kuck-
porto.

M. Bergemann,
Berliner Str. 11, Kreis
Solbin, Oberstrae 12.

Wir suchen Stellung fur:

- 1 Oberverwaltungs-
sekretar, 38 J., verh.,
in Groß-Berlin.
- 1 Kaufm. Angestellter,
26 J., bisher leitender
Expeditent in Export-
verlag, selbstandiger
Buchhalter u. Korre-
spondent in Ma-
schinenfabrik, befeh-
ligt gute Zersagungs-
maschinen.
- 1 Automatenfach-
arbeiter, 32 J., 5 Jahre
selbstandig gemeinl.
- 1 Krankenpfleger, 52 J.,
11 Arbeiter, 48 Jahre,
nicht Arbeit gef. u.

Anfragen erbetet die Stellenvermittlung
des Deutschen Odenbundes,
Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43.

Verwertung von Einkaufs- und Schuldbuchforderung.

Beratung,
Vorschuffe,
Beziehung

Anlauf zu hochsten Kurzen
und schnellens durch
Ostmarker-Aufbau G.m.b.H.
Jest: Berlin W 9, Potsdamer Str. 22 B. II.
Telephon: B 1 Kurfurst 2775.

Mitglieder!

kaufen bei unseren
Zerentzen.

Suche auf diesem Wege
fur meiner Freund-
Badermeister mit gut-
geheueren Baderei und
Kolonialwarengeschaft,

postweise
Lebensgefahrtn
mit ca. 10 000 M. Ver-
mogen, Selbiger ist
48 Jahre alt, Witwer
mit 2 Kindern, Gell.
Offerten moglichst mit
Bild, welches zuruck-
sendet wird, an
Miss Jander,
Ederberg u. Hofstr.,
Helmstedt 13,
Distriktion Ethen/ache!

Gut verzinsliches
Hausgrundstuck
fortzugsunfaher sofort zu
verkaufen. Altm. Burg,
Arnswalde.

Im Spreewald

bietet das

Ferienheim

„Haus Ostland“ in Velschau

im schonen Mielinggrund
am Hochwald und in unmittelbarer
Nabe des modern eingerichteten
Sommerbades gelegen, beste u.
billigste Erholungsmoglichkeit.
Tagespreis fur Unterkunft und
Verpflegung (4 Mahlzeiten)
Erwachsene M. 4.-, Kinder
M. 2,25 einschließl. Bedienung.
Anmeldung an die Verwaltung
von „Haus Ostland“, Velschau
am Spreewald.

Aus unserer Rentenguts- Aufstellung
Dammang, Kr. Deutsch-Krone
(Westpr.), Bahnstation Hofstadt
(2 km), Straße Deutsch-Krone-
Wirschow, haben wir noch einige

Bauern- Wirtschafte

von 60-80 Mg. zur ubernahme 1. 7. 21
frei. Guter Boden, schliefertige Ge-
bude, elektr. Licht und Kraft, volle Ernte,
bei Eigen-Inventar 5000 M. Anzahlung,
1 Ackerhof, reichlich Viehstock u. Milch-
apparat, einchl. Amortisation Ein-
zahlungsplan und nahere Bedingungen
bei unserer Verwaltung Dammang.
Nahere Auskunft kostenlos durch die
Deutsche An siedlungsbank
Berlin-Schlesien,
Seeener Straße 30.

Preuß. Staats-Lotterie

Lose 4. Kl. am 13. u. 14. Juli
Zu haben bei **Staatl. Lotterie-Einnehmer**
Stowina, Berlin W 35,
Potsdamer Str. 116 a.
Ecke Lutzwstrae.
Tel. Lutzw 3686.

Am ostmärkischen Herd

Unterhaltungsblatt zu der Wochenschrift „Ostland“

Herausgegeben von Emanuel Grunfeldt und Dr. Franz Cudjke
Verlag Deutscher Verlag G. V., Berlin-Charlottenburg

Nr. 14

1931

Berlin, den 3. Juli

Der Herr der Scholle.

Copyright by
Deutscher Ostbund, Berlin.
(Nachdruck verboten.)

(20. Fortsetzung.) Roman aus der Zeit des letzten polnischen Aufstandes. Von Otto Voris.

Richard rückte verlegen auf seinem Stuhle hin und her. Er wollte nicht, wie er dem Vater die Unglücksbotschaft überbringen sollte. „Du meinst also, ich hätte keinen Grund gehabt, aus Posen zu fliehen?“

Grusko hörte auf: „Für feig habe ich dich nicht.“
„Als der Selbstmordtod fast sich an Berlin gemandt und gedroht, sämtliche Eisenbahnen zu sperren, falls der Heimatschutz kein Borgehen nicht sofort einstellte.“

Grusko lachte: „Die Provinz liiert schon lange nicht mehr, außer den Kartoffeln, die sie nicht gebrauchen können. Selbst die müssen sich unsere Soldaten aus der Erde holen. Hat doch die eine polnische Sau gefagt: Können getrocknet einfrieren. Was soll ich sie ansprechen. Das Geld habe ich schon, und sie sind ja für die Deutschen. Diese Drohung nehmen die Berliner nicht ernst. Meine ganze Angst beruht auf dem Friedensschluß und dem Einrücken der Rotgepöpen.“

Richard rang die Hände.
„Warum sprichst du nicht, mein Junge?“

„Ich bin erst dann gelassen, als —“

„Ran!“ fragte Grusko scharf.
„Als der Heimatschutz von Berlin den Befehl erhielt, sich zurückzuziehen und keinerlei Aktionen selbstständig zu unternehmen.“

Grusko sah auf seinen Sohn, als hätte dieser den Verlust verloren. Als ihm das Begreifen kam, löbte er auf, hobte nach dem Kopf und taumelte.

Richard sprang Greta hinzu.
„Siehst du, was du nun verdrickst halt?“

„Ichrie sie ihren Sohn an.“
„Vost, Kinder, wechste der Alte ab.“ Es ist bloß von der Anstrengung und dem Schuß. Gib mir einen Schnaps, oder noch lieber einen Gros, mir ist hier alles wie zugeföhnt.“

Richards Blicke suchten die seines Vaters. Doch der starrte düster vor. Ich bin:

„Wie der rote Bock, Liebe, Leben, Tod.“
Den Gros fürerte er auf einen Zug hinunter. Rasch füllte er ein zweites Glas.

„Vater, denk an deine Kopfschmude.“
Der Vater warf ihm einen hinteren Blick zu und trank: „Weißt du, was dieser Verrat ist? — Das ist, als wenn ein lediger Vater zu seinen Kindern sagt: Mord, aus dem Haus! — Wie feiern, wir verurteilen, föhren die Kinder.“ — Der Vater jagt nur: „Naus!“

— Der Vater sagt: Es geht mich nichts an. Da kommt ein Mann, hat Erbarmen und kriegt die Mörder bei der Kehle. Der Vater aber nimmt einen Knüttel und schlägt dem Ketter auf die Hände.“

Der Alte verlor in Wüten: „Du sollst einem gemeinen Vater tragen mich meine Fühle nicht bei. Daß verstanden?“ konnerte er und schlug mit der Faust auf den Tisch. Das Glasoglas fiel um, Keller klickten. Greta duckte sich erschreckt zusammen.

„Vaterchen“, fing Richard wieder an — —

„Vost gut sein, mein Junge! Erjähle lieber, was du sonst noch weißt!“

„Ich traf in der Stadt unsere Wagen. Den Kutscher hatte man eingesperrt, um ihn zu verhören. Die Pferde standen beim Kauf-

mann, bei dem du immer absteigst. Mein Ausweis verpackte mit freier Zutritt beim Vondrat. Er war sehr erfreut, als ich ihm sagte, daß ich das Verbot selbst übernehmen wollte, damit ich einen eingehenden Bericht nach Posen senden könnte, da ich hier angekommen ist, einen Einblick in die Verhältnisse von Radzironko-Vojtschki zu gewinnen. Das einfachste freilich wäre, wenn mich der Kutscher nach dem fraglichen Abföhnt fahren würde.“

Der Vondrat wollte mir noch zwei leichte Maschinengewehre aufhängen, die ich Radzironki abgeben sollte, damit dieser „Edele“ den Hofbefehl nötigenfalls mit Gewalt vollstrecken könne. Ich aber sagte ihm, daß ich in Posen nichts veranworten könnte, bevor ich von der Notwendigkeit überzeugt sei. Ich versprach ihm, rücksichtslos vorzugehen.

Ran schloß der Kutscher August bei Soyka im Heu. Um keinen Verdacht zu erregen, bestellte ich Koczmiu und Zamorsky als Wachen. Ich selbst aber ging zu Radzironki ins Sorsthaus.

„Das hast du gut gemacht, mein Junge. Wieviel Leute hat denn dieser Schweinegizel jetzt befehlen?“

„Etwa 80.“

„Ja, sich diesen feigen Hund! Mit sozial Menschen magst er sich noch immer nicht auf meinen Hof?“

„Auf der Station Sorsthaus Wolodnik fand ich alles in hellster Erregung. Man hatte die beiden Schorföhren der Gruppe heute morgen tot im Graben der Sandstrasse gefunden. Sie hatten keine Wunde, aber hatte noch keine Abnung von dem Zusammenstoß mit den Keris. Radzironki tobte um so mehr, als man ihm einen erschossenen Hund vort Jentler gebannt hätte.“

Grusko lachte trocken auf: „Allo darum schloß Friedrich, der dumme Kerl, heute früh den ganzen Tag.“

„Ein Fräulein von Koblinki mar auch da. Radzironki stellte sie als seine Cousine vor. Sie ist die typische, ewig lächelnde, kokettierende Polin. Er schmeckt vor Wat und möre am liebsten gleich auf Gruskyos marföhrt. Die kleine Zoonne aber hielt ihn auf. Ich hatte das Gefühl, als verfolge sie dabei irgendeinen Nebenweck. Ich rief ihm auch

ob mit der Begründung, man könnte ihm seinen Angriff als Privatratze auslegen. Er möchte erst Gras über die Sache machen lassen. Aufßerdem hätte ich den Auftrag, ihn zu veranlassen, sämtliche verfügbaren Kräfte auf die Bahnhöhe zu konzentrieren, da ein Angriff des A. O. R. unmittelbar bevorstehe. Der Befehlplan dürfte um eines einzelnen Mannes wegen keine Störung erleiden.“

Er aber wollte den vernünftigen Deutschen doch einen Denksattel geben, und so fandte er Leute zu Pettelkau, um zu requisitieren. Hoffentlich ist von den Müllerleuten niemand zu Schaden gekommen.

Fräulein Zoonne erklärte schnippisch, sie hätte noch Naderleben genug. Sie wollte noch heute nach Radzironko zurückfahren. Mich lud sie auf morgen zum Tee ein — da sie ja einjam sei!“

„Als wir beide“, fuhr Richard fort, „zu einen Augenblick allein waren, erkannte ich Zoonne eingehend nach. Ich sollte mich auf der Szenografie eifrig nach ihm umsehen und ihr Radzironki bringen. Sie selbst dürfte es nicht wagen, weil sonst der liebe Alfons eiferjähig werden würde. Die Radzironki sollte ich ihr nach Radzironko bringen.“



Der schöne Osten: Pommerische Windmühle.

Der Edelmann verlor sich alle Augenblicke hoch und heilig, Karl zu kriegen, und wenn er sich in die Erde verkrüppeln sollte. Die Bahn ließ er noch freigehe, und er sah also unmöglich, Karl heimlich fortzuführen. Im Wartezimmer saßen längere Zeit Posten. Sie haben Winkeln bis zum Walde eingerichtet.

Der Alte schüttelte den Kopf: „Müde bist wirren, wie Gultan, der Schlinge, sich durchgemogelt hat. Den guten Radziński hättest du heute nur gegen meinen Hof haben lassen sollen. Wir waren ja fällig 12 Stunden belagert. Ich habe die zwei Pferde hinter mich genommen und Schlinge verließ den Kopf gekohlet. Nun sitzen wir auf dem Palast, bis der Dampf noch mehr Gesehne zusammen hat.“

„Hoff du auch daran gebacht, daß dein Sohn ein solches Aufsehen in Polen hervorgerufen hätte, daß du in kürzester Zeit Tausende gegen dich gebot hättest?“

Grusko lächelte verächtlich.

„Ich wollte kein Zeit für dich gewinnen,“ fuhr Richard fort, „damit du sich retten kannst. Wenn du eines Morgens mit der ganzen besessenen Gade aufstichst, die deutschen Infanterie mitkommen, dann ist es dir ein leichtes, auf der Straße nach Bromberg durchzubrechen. Sie haben eine Heibemann vor dir. Seit die Schärffschützen sind, riskiert kein einziger. Doch, einen Fuß in den Wald zu setzen. Vielleicht ist das Radziński grüßter Ärger.“

„Und Karl, und Petelsko, Dobmann und die anderen?“

„Hätte ich gewußt, daß es um Karl so schlimm bestellt ist, wäre ich ohne einen Arzt nicht gekommen. Aber aus dem Angst nur nichts herauszukriegen. Er schimpf auf alles, was ich auch reden mochte. Jedenfalls bin ich seiner Ansicht nach ein ausgemachter Verräther.“

„Was müßt du nun tun?“

„Ich will morgen zur Bahn, und dort werde ich nach Berlin. Ich will mein möglichstes versuchen, denen da oben die Augen über den wahren Stand der Dinge zu öffnen.“

„Darum tuß du heute, mein Junge.“ — Grusko schenkte sich ein drittes Glas ein, Grusko, half zu Schreie und Parier.“

Sie betrachtete das Gemüths. „Seh dich hin und schreih!“ befohl er.

Sehr geehrter Herr o. Radziński

Mich empfißt der Erbein meines Mannes. Er ist durch seine Vertrauenswürdigkeit insichre, aus um Haus und Hof zu bringen. Ich habe zu oben volles Vertrauen und bitte Sie als Nachbar, mit dem wir uns Jochreitag dort vertragen haben, morgen nachmittags um 5 Uhr zu Hause in Radzińskowka zu sein. Mein Mann will um diese Zeit dort hingehen, um der Verlobung der Herrn höher Genossen zu leisten.

Es wäre das beste, wenn Sie ihn verpassen und nach Polen jochaffen lassen. Dann hat aller Streit über ein Ende. Die andern geben wohl von selbst nach. — Ihre Elike Grusko.

„So,“ sagte der Alte. „Dies müß geschafft.“

„Was soll das heißen, Vater,“ begehrte Richard auf. „Du wirst doch keine Unmuthen machen?“

„Das ist meine Sache,“ So, Greta, nun joch die Adresse und frage den Brief jocher Kocmin in die Hand. Sags ihm er sei aus Grudzińsk. Kocmin mochte ihn noch heute, möglichst gleich, zu Radziński ins Fortshaus bringen. —

„Dich, mein Sohn, will ich noch etwas fragen: Hat Radziński nicht von Friedrich Knoks gesprochen?“

„Hätte ich fast vergessen. Er behauptet, daß Knoks die Fiedrich Petelsko aus dem Zimmer geflohen hätte. Die Posten hätten ihn genau erkannt.“

„Ja, der Ekel hat dem Friedrich in den Daumen geiffen.“ — Grusko dachte nach: „Also darum ist Friedrich an meinem Hause abgesprungen. Die Schmeine werden wohl die Schmiehe belücht haben, eis er noch in Grudzińsk war. Arme Frau Knoks!“

„So, Fräulein, joch müchte ich ein Stündchen jocher; denn ich hab heute noch etwas zu dir. Ich kam mit mir einen Gefallen ernstlich mit, Richard, denn geht zu Dobmanns und sage Anstich mit dem Wilhelm Knopp, sie möchten sich heute nacht um zwölf Uhr mit mir vor dem Soukajons Galtbau treffen.“

Ein Weibchen später war der Alte allein. Er streckte sich auf der Ofenbank aus, stellte die Füßle griffertter neben sich und verlor zu schlafen. Der Tag leucht gelang, es ihm nicht. „Ich darf nicht zu schlafen,“ dachte er, „aber mit Karl und Gultan nicht zu vergleichen. Die sind im freien Hört gehört von Salken. Sie haben von klein auf getraut zu beschien. Ihre Mutter ist herb und hoch. Sie werden Herren bleiben, was auch kommen mag. Richard ist von meinem Wut. Aber auf ihm laßt lachelndes und Armut von Jugend an. Er mügte aufgeben, so er nicht haben aufzutreten dürfen. So fern er nicht sein. Er ist vielleicht klüger als die andern; aber nicht so glashart in seinem Willen. Es ist nur auf, daß ich heute mit ihm und nicht mit Karl zu tun hatte. Das wäre mir nicht so leicht geworden.“

Da er nicht einschlafen konnte, griff er aufs neue nach der Num-floche. Die Wunde brannte um so mehr, aber die quälenden Gedanken liegen von ihm ab. „Auch der Schmerz in meinem Herzen wurde matten. Er lauchte an, das Karmen im Kamin. Es kling, es wenn sie laucht Krüder durch den Wald. Er aber lag im kühlen, weiden Hees und lauchte ihre Eritten. Die Wärme lagten leise. Da bebte er sich noch.“

— Er erwachte, als eine Hand ihm leise über das Gesicht strich. Er schrak auf und auf. Sein erster Griff galt der Wähle. Da erkannte er Greta. „Du mußt dich um 12 im Galtbau sein“,

sagte sie. „Ich habe dir etwas Vrot jurecht gemacht, damit du unter-mwegs essen kannst. Der Kaffee ist auch fertig. Trink mal erst ein Schälchen.“ — „Dann mach wieder munter.“

„Wo ist Richard?“

„Der ist schon jurück. Da jochst er im Lehnstuhl. Er mochte dich nicht wecken, und nun ist er selber eingeschlafen. Das arme Kind ist so müde. Er hat jochel Anstrengungen hinter sich. Morgen früh will er mit dem ersten Zug fort.“

„Daß ihn jochst“, nickte Grusko. „Grüße ihn schon von mir. Er mochte an mich denken. Er möchte mich nicht vergessen; denn er ist auch mein lieber Sohn.“ —

Um 12 Uhr stand Grusko vor dem Galtbau. Er traf auch zwei dankte Gefolgte, die verreckt in einer Sauneko lauerten.

„Anstich?“ — „Ja, kam's jochst jurück. Die beiden treten heraus.“

„Joch wollen wir Soyka wecken.“ Grusko kletterte über den Zaun und klopfte an des Fenchel, der hinter dem Thort jochst. Eine ver-schlafene Stimme meldete sich. Bald kam Soyka selber mit einer Laterne. Ihn folgte ein Knecht mit einer Seugabe, „Kojopp, Sie?“ fragte er freudig überhört. „In diesen Zeiten denkst man immer an Förd und liberfall. Sie kommen wohl Ihre Pferde holen? Der Kocmin ist fort. Kur noch Jochmory ist da. Wir wollen gleich heimlich anspannen und uns jochmerk vom Hofe bringen. Ihr August jochst bei den Pferden.“

„So jochst geht das nicht. Jochst muß ich mit Jochmory einen Schnops trinken, jochst jagt er hinterher. Sie wäret mit mir im Bunde stowen.“

„Dann treten Sie näher. Er liegt in der kleinen Herrenstube auf dem Federlo.“

„Was liegt Sie zu diesem Posten, Herr Jochter?“ fragte jochm-joch der Alte.

„Die Kerle fühlen sich bereits zu liber. — Sie haben die Prügel schon vergessen,“ bemerkte Karl.

„Ja, denn man los, dann wollen wir uns den Nachbar Jochmory genau anseh’n!“ befohl Grusko.

Der rumbliche Bauer kriegte einen Mordehbrech, als er die drei Gefellen erkannte. Er begnügte sich einfluchen damit, sie mit weit-ausgerissenen Augen der Reihe nach anzustarren. Dann sagte er zu Soyka, der im Begriff war, die Lampe anzuzünden, mit wiesender Stimme: „Was soll das heißen. So haben Sie das Haus abgehlohen!“

„Wenn die Herren ein Schnäpchen trinken wollen, was soll ich da tun,“ war die ausweichende Antwort. Soyka stellte Gläser auf den Tisch und schenkte ein.

Grusko joch ihm sich recht behaglich zu fühlen: „Droß, Leute!“

„Droß, ein Gnaden,“ stotterte Jochmory.

Was joch Soyka einen Blick auf die vorstichliche Finte, die am Sofa jochte. „Hensch, Lhomos, was frecht denn du hier in der Nacht, hat dich denn die Ode aus dem Bode jochst?“

„Die Politik, Brüderchen, die verdammt Politik.“

„Graum dich man nicht gleich,“ tröstete Karl. „Du tractst sich medder all lauchter.“

„Könntest eigentlich meinen Wagen anspannen,“ jochte Grusko; „mir müßen noch ein Stückchen weiterfahren.“ — So jochnell es ihm möglich war, legte Jochmory davon.

„Was soll's hingehen?“ fragte joch Anstich.

„Sie haben geftern die Knokische Wohnung ausgeräumt, als er nicht da war. Eigentlich wollten sie ihn selbst erschießen. Jochmoch ist Friedrich wieder zu Hause angekommen. a) Das er eine Wut auf sie hat und sie erwartet, können sich die Polen denken. So meine ich, daß sie ihn nach Mitternacht überfallen werden, wenn er eingeschlafen ist. Gleichzeitlich ist ihm die Grotte ab, vielleicht holen sie nur ihn selbst. Gut ist es für alle Fäße, wenn mir dabei joch.“

Karl spuckte aus: „Aa, jo no Smeien!“

Jochmoch kam Soyka und erzählte, daß Jochmory sich auf Polnisch empfohlen hätte. Doch August hätte bereits angepannt.

„Gib uns eine Fische Ram und ein Kistchen Jocharran mit,“ bot Grusko. „Die Kistchen ist kühl und wird werden etwelch lang auf die Straße marren müßen. Solch Krieg muß man sich los lassen, jochst mocht er keinen Spak.“

Die drei Männer bestiegen den Wagen. Soyka schleppte, Grusko ergriß die Feine, und fort ging's in jochendem Crebe.

Es mochte etwa ein Uhr gewesen sein, als sie in die Straße einbogen, an der die Schmiehe lag. Sie befand sich an der Gabelung der Wegs von Radzińskowka und Grudzińsk, weil die Güter die meiste Arbeit leisteten.

„Angetraut jochten alle nach dem Fuchsbau aus. Jochstich jochte Anstich auf. Es wird nicht dohrinnen!“ Grusko hieß auf die Pferde ein, daß sie im gestreckten Galopp durchgingen. Die Fuchse jochenderten Strohhalm und Erde auf das Wogenleder. — „Joch hörte Schreien,“ jochte Karl. Nun unterschieden auch die anderen deutliche Hilferufe.

Der Kojopp joch wider auf die Pferde ein, daß sie nie trafen sich im Geschritt legten. „Nur nicht zu spät!“ war alles, was er zu denken vermochte. Seine Gefelle lauften für einen Augenblick im Vordrege der Wagenlaternen auf. Ein blutrothener Gesicht, entsehterer Lagen Aus dem mitausgerissenen Munde gelüfte der jocherliche Hilferufe.

(Fortsetzung folgt.)

Die Entstehung des westpreussischen Grenzschutzes.

Von Kurt Oskar Bark, seiner Zeit im Stabe des Irekorps Kobhad.

Wenn man, als ein Mittelmächtigcr, zwölf Jahre später an den Grenzschutz in Westpreußen und seine Tätigkeit zurückdenkt, denkt man ganz unwillkürlich zunächst an die Fehler und Verfehlungen. Denn man sucht immer die innere und äußere Fäulnis der Freiwilligenverbände gesehelt zu — das Ergebnis ist und bleibt natürlich noch die Entscheidung gegen uns. Man soll aber in die Vergangenheit nicht nur mit „Wenn“ und „Hätte“ herangehen, Fehler sind dazu da, daß sie gemacht werden und daß man aus ihnen lernt. Zudem war das deutsche Volk seit Generationen vom ersten Male wieder vor die Aufgabe gestellt, den direkten Schutz von Haus und Hof, ohne Beschützer von oben, ohne verordnete Hilfe, selbst in die Hand zu nehmen. Und der Gegner, der Pole, war in allen Heilmitteln und Hintertüren erfahrener, konnte eigentlich nur den Kampf im Dunkeln und den Kampf als „Propaganda“. Auch der Kleinkrieg, der Stellungskampf zweier Völker „Druff an Druff“, kann Erfahrungen nicht entbehren.

Die Besatzungen an der Grenze brauchten hier nur kurz gefaßt zu werden. Am 2. November 1916 lagern die Infanterie-divisionen Fronttruppen noch weit in Posen; im Süden bei Oßle, im Norden im Sianland und Vettland. Zur Zurückführung dieser Kruppen bedurfte es ganz selbstverständlich auch der Verbindungswege, die durch das spätere „Polen fürchten“.

Das Königreich Polen, das während des Krieges von den Mittelmächten ausgerufen worden war, hatte sich im Krigen als heftiger Gegner, der der Mittelmächte und der des Seindbundes, betätigt. So mußte Polen in jedem Falle „liegen“, die Frage war nur, ob Roman Dmowski oder Josef Piłsudski in der Hand der Mittelmächte. Diese Situation änderte sich dadurch grundätzlich, daß Josef Piłsudski in Moskau gefangen wurde. Hiernach rechnete sich Polen zur Entente, Piłsudski aber war der große Führer. Die politische Idee Polens hatte ihre Einheitslichkeit, gegen Deutschland, genommen — was sie übrigens, auch wenn alles ganz anders gekommen wäre, über kurz oder lang auch getan hätte.

Für die Revolutionsregierung bzw. für das von ihr übernommene Kriegsministerium gab es zunächst nur einen entscheidenden Punkt im Verhältnis zu Deutschland, nämlich die Kriegsverpflichtung gegenüber Fronttruppen. Das andere, das Schicksal der Landes und der Deutschen, überließ man der Gesellschaft und Sachkundigen der entsprechenden Regierungsvertreter (5. von Herbst in Polen Söring in Ober-Ostpreußen). Der Plan des Kriegsministeriums war nun, aus den Fronttruppen eine neue Freiwilligenarmee zu bilden, die die Fronttruppen für den Krieg im Osten zu beurlauben beabsichtigte zu halten. Damit hätte man vollständig erreicht, daß Deutschland bis zur vollendeten Rückführung der Offtruppen Kongresspolen militärisch hätte behaupten können; und die Polen in der Provinz Polen hätten dann keine vollendete Festsätze schaffen können; die ganze Ordnung des Reiches Polen hätte auf den Krieg der Kriegskontingente ruhen müssen; und Hunderte von ermordeuten Deutschen wären heute noch am Leben. Dem Auftrag, diese Armee zusammenzubringen, erhielt der General von Bergmann, ein als Generalstabschef durch die deutsche Tätigkeit in Grauden und Danzig gut bekannte Major Wagner beigegeben wurde.

Der Plan kam nicht zur Ausführung. Die Regierung liehnte sich, einem General die „alten Regiments“ eine derartige Truppenmacht in die Hände zu geben, obwohl General von Bergmann und Major Wagner ihr Ehrenwort abboten, nichts gegen die Regierung und die Republik zu unternehmen. Spät erst, nachdem die Provinz Polen schon verloren war, wurde die Sicherung des noch in deutscher Hand befindlichen Landes den vorbandenen Freiwilligen übertragen. Diese waren zunächst nur die „Leuten“, die sich in der ersten Aufstellung befanden. Am Dannekreis der Garnisonen, in denen sich der Streit um die Sicherung abspielte, konnte die Aufstellung von freiwilligen Truppen nicht über die bloße Aufrechterhaltung der Ordnung hinaus gehen, und auch diese Aufgabe wurde nur mit unvollständigen Erfolge gelöst. Die Fronttruppen waren noch weit. Die Besatzungen, die sich in Polen niederlassen konnten, waren nur die Träger einer Grenzschutzfunktion nicht in Frage. An eine Sicherung der Grenzen durch das Volk selbst war unter dem Eindruck der Ermüdung nicht zu denken.

Damals, etwa am 20. November, fragte das Graudener Gouvernement den Führer der Freiwilligenarmee, Oberstula, um dem Kampfbereitschaftsgruppe, ob er in der Lage sei, eine Freiwilligen-truppe an die Drenemengrenze zu führen. Der Führer, der in der Marschpost durch Lungenföhlschwerwundene Peunant Kobhad, lagte zu. Am 24. November verließ er Gruppe und Grauden mit einer Streitmacht von sechsundsiebzig Mann und erreichte fünf Tage später die Drenemengrenze, nachdem er in Ribben, Wisien und an anderen kleinen Orten die ersten Soldatenstellen errichtet hat. Das Vorgehen der kleinen Gruppe hatte genügt, der deutschen Bevölkerung ihr Selbstvertrauen wiedergzugeben und war noch überdies der Aufstakt der Grenzschutzbewegung. Ihre Vertretung wurde auf lange Zeit hinaus nur von dem Teil der Bevölkerung anerkannt, der direkt bedroht war. Das war aber die „Polen „nicht zu reizen“, blieb aber im Osten und weiter im Westen verbleibend; als ob es ihnen Schlichter schon mit darauf angekommen ist, ob ein Schutz ihn reizt oder nicht.

Die ersten Männer in den Freiwilligentruppen waren junge, in der Ausbildung begriffene Soldaten und wiederhergestellte Verwundete,

soll durchweg Heimatföhne. Die hohe Grenzschutzlage war es nicht, was ihnen die Waffe wieder in die Hand legte; sie standen mit dem Herzen bei ihrer Sache. Die landsknechtmäßige Aufmachung, der Einsatz mit mehrerhäglicher Rüstung ändert die Auffassung nicht. Der Beweis liegt in der Kampfbildung des entscheidenden Laits dieser Truppen.

Kobhad's kleine Truppe sicherte einen etwa 20 Kilometer langen Abschnitt der Drenemengrenze, von Strauburg bis in den Waldkomplex östlich Gollub. Es dauerte nicht lange, bis rechts und links von diesem Abschnitt ebenfalls Truppen eintrafen, die jedoch nur als örtliche, durch Führer und Ketteführer an ihren Besitz gebundene, Informanten und meriten waren. So führte die in der Gollubener Grenzschutzformation verbundene der dort jüdische Oberführer, „Diese erste Entdeckung kloppte den Schmutzgeblieb ob, hatte auch sonst ihr Gutes, nur konnte sie die moralischen, psychologisch zu merenden Aufgaben eines wirklichen Grenzschutzes nicht erfüllen; denn diese lagen im Innern des Landes.

Mit den zurückgeführten Fronttruppen trat ein gewisser Wandel ein. So griff die Selbsthaft der Krigen „nach Mutter“ nur, bis zu einem erheblicher Teil bei den Sabnen und gab, im Lande verteilt, der Voge einen deutschen Rückhalt. Zu Kampfbildungen oder auch nur zur inneren Einweisung auf ihre Möglichkeiten war sie vorläufig nicht in der Lage. Die militärisch-politisch geföhnt nichts, die Wahlen zur Rationalisierungsamtung, beten hier politische Abzweigungen. Auf der Bevölkerung lag die bannende Ethargie der ersten Landkriegszeit. Es waren auch keine Männer im Lande, sie trugen fast alle den grauen Rock. Wenn Verläufe zur Zusammenfassung der deutschen Bevölkerung und zur öffentlichen Betreuung der deutschen Särbe gemacht wurden, so lagen sie fast durchweg in Händen von Beamten; und das war Wasser auf die „Propagandamühlen“ der Polen, die behaupteten, das Deutschland in Westpreußen befände nur aus Beamten und Soldaten, die aus dem Reiche stammten. Gegen den gefährlichsten Teil der politischen „Propaganda, den, der von den polnisch-katholischen Kreisen in des Volk lag, wurde überhaupt nichts getan. Die Kruppen, die sich bilden konnten, waren nicht mehr als eine die starke Garnison Ebern von einem stark polnisch durchsetzten und sehr eigenartig geföhnten Soldatenrat völlig neutralisiert wurde; wir haben die kräftige und kompetente Befähigung von Bromberg, die mühselig ihren Grenzschutz hielt und ihren Schutz, der frei, auf seine Verteidigung hin verarmten mußte. Wir haben, daß Grauden; sich unter dem Gesicht einer stark in Freiwilligenarmee an erlösen wurde; wir haben nicht nur nach der „Droiningspflicht, in der sich alle gegenwärtigen Westpreußen ein Anwesen zu geben schienen. Das nahe Strauburg hatte noch eine Fronttruppe, aber es konnte sich des polnischen Volktrates und der polnischen Volkwehr nicht erwehren. Die Kruppen der Provinz Grauden, die sich in der ersten Briefen hatte einen Soldatenrat, obwohl es dort keine Soldaten waren, wir nahmen ihm die Gewehr und entkleideten die Mäulchen ihrer ungenannten Würde. Und mit diesen Vorgängen erhielt der Grenzschutz eine neue Unterform: den m o b i l e n Teil. Seit er in Tätigkeit trat, genühten schwache Formationen, in die Feldgendarmerie, in die eigentlichen Grenze zu führen. Anzeichen aber mußten die polnischen Brandherde im Innern zu drohenden Gefahren heran. Noch wollte niemand, welche Form die Abwehr der polnischen Geisste annehmen sollte. Damals erhielt das Irekorps Kobhad, einhundertsätzig Mann stark, den Befehl, in Gollub Quartier zu beziehen.

Wir konnten es nicht aben, daß der 26. Januar 1919, an dem wir in Gollub einziehen sollten, unser großer Erfolg werden und zugleich den Kampf in Gollub ein Ende sein sollte. Die Stadt, die schon im Verlaufe des Krieges Plünderungen deutscher Geisste durch polnische Geisste erlebt hatte, besch in dem katholischen Kommandeur Wycoz einen ausgesprochenen polnischen „Propagandisten und in drei-hundert polnischen Volkwehrlenten eine beachtliche Streitmacht, die zudem auch noch ein starkes Stück härter Stille aus Ebern sicher — sie liegt nur 20 Kilometer nördlich und sie verlornte vor der Herabgabe von Quartieren die Einnohm mit Waffensatz. Dies Verlangen wurde am gleichen Tage innerhalb dreier Stunden erfüllt.

Mit diesem Vorgang gab es die Polen den Plan auf, Westpreußen nach Polener Mittel zu vereinigen und sich ihren andere Wege. Nach diesem Ereignis bekam der Grenzschutz nach und nach die seinen Zweck am besten entsprechende Form: an den größeren Orten lagen die Kruppen, die ihrer Umorganisation harren und vom Standpunkte des Grenzschutzes diesem die unmittelbare Sorge um die Städte nahmen; eine Ausnahme blieb das unmittelbar bedrohte, an der Dolen-front liegende Bromberg. In den Grenzen lagen kleinere Wachposten, von denen der Garnison der Drenemengrenze, die sich in Ebern unterhalten. Dort und im Lande bildeten sich aus den in ihre Beruf zurückgekehrten Frontsoldaten die Formationen des Reserve-Grenzschutzes (1. „Regtoll“, die nach Bedarf die Räume aus dem Strank nahmen und Wachposten versehen. Für den Ausnahmefall hatte man denn immer noch den m o b i l e n Grenzschutz, der sich nur aus dem Irekorps und weiter im Westen verbleibend; als ob es ihnen Schlichter schon mit darauf angekommen ist, ob ein Schutz ihn reizt oder nicht. Die ersten Männer in den Freiwilligentruppen waren junge, in der Ausbildung begriffene Soldaten und wiederhergestellte Verwundete,

Danig eingreifen und die Tschaker Heide wieder den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechtsgesetzes zuführen.

Die Organisation verlor sich, als sich in seinem sinnvollen und vorzuziehenden Vorschlag des Deutschen Reiches die Interessen der Grenzschutts und der Kaiserregiments waren ein ausdauernder Ausdruck des Wohlwollens der deutschen Bevölkerung, waren mit ihr verwachsen. Wenn in späterer Entwicklung der mobile Grenzschutz wieder zum Bestandteil der Reichswehr geworden wäre, so hätte er doch nie die direkte Führung zum „Regiment“ — der zu einer Art Militär: werden müßte — und damit zum Verlust der Bevölkerung verloren. Volksehrer und Wehrlehrer müßten damit eine in sich nicht zu trennende Sache, vor allem eine Sache der Jugend geworden.

Wir wissen, daß alles anders kam. Ein einheitliches Ganzes ließ sich im Werraort der politischen Verfassungen nicht aus Volk und Wehr schaffen. Der politische Grenzschutz fehlte, und so wurde der militärische Grenzschutz damals ebenso vergeblich durchgeführt wie

später der kulturelle. Wo es um Wehrke eines Volkes geht, da alles zum Wohlleben Schöneres umfassen, kann man nicht bei eine tun und das andere lassen. Es muß Stückwerk bleiben.

Selbstverständlich ist es ja, daß der Grenzschutz in Verfassungen man eine Ausnahme in einer Zeit sei. Aber es leitete, ist hier nicht zu unterlassen, wohl aber: ob er genigte. Daß er nicht genigte, lag nicht in seinem militärischen Wert, sondern ganz allein darin, daß er in seinen Anfängen lediglich von der Truppe ausging und nicht von der Bevölkerung und von den politischen Führern. Auch ein Grenzschutz muß politisch konkret sein und der Bevölkerung gefordert sein. Die Verfassungsersteller Grenzschutz und derhalb freierster Städte fand ja sehr begründete Annehmlichkeiten; jolch Aufstand an Freude und Herz jedoch, o r o r an ein notwendiges Problem genobt, in die Vorbereitung genietet, ist besser.

Es ist eben das Wesen der Freiheit, daß man sie nicht durch „Sordern“ genant; man muß sie erarbeiten und erkämpfen.

Zum 100. Todestage des Freiherrn vom Stein.

Reichsfrüherr von Stein, den seine Verehrung für Friedrich d. Gr. veranlaßte, in preussische Dienste zu treten, verkörperte in sich die folgende Macht des nationalen Gedankens. Als Preussen verfallen war, als Deutschland nicht mehr viel mehr war als ein geographischer Begriff, als alles Land links der Elbe zu Frankreich gehörte — da sprach Freiherr von Stein das folgende Wort: „Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Preussen.“ Napoleon hatte ihn selbst dem preussischen König, der ihn schon einmal als niederländischen Staatsdiener entlassen hatte, erneut als Minister empfohlen und somit ließ den Mann in den Wirkungskreis hineingeführt, in dem er zum Schöpfer der deutschen Volksgemeinschaft werden sollte, die in dem Werk Steins, in der Bauernbefreiung und in der Städteordnung ihre dauernde Grundlage fand. Stein hatte in das Schicksal des nördlichen Reichs den großen, aus germanischen, germanischstämmigen Volksempfinden herausgemachten Gedanken der Selbstverwaltung hinein. Seine Arbeit an der inneren Erneuerung des preussischen Staates wurde durch die Achtung Napoleons, der bald seinen Irrtum und in Stein seinen gefährlichen Gegner erkannt hatte, unterbrochen. Ein Brief Steins an Wittgenstein, der den Feinden in die Hände gespielt worden war, wurde zitiert: „Stein hat, ich habe es in dem Brief, mit das Gefühl eines französischen Weltbürgers, alle Nationalität zerstört und verkrüppelt“, wie das Gift des französischen Geistes, gefährlicher als die französischen Waffen, Säulen und Walker des Rheinbundes zu Sklaven machte, entzerrte. Da glaubte er, daß es pflichtmäßiger gehandelt ist gegen die Selbstmord und gegen die Raubkammer und unheimlicher, mit dem Reich zu sein, als es in dem Reich zu sein, als es sich gebildet in Fesseln schlagen und gefangen halten zu lassen.“ Die Verbannung, in die der heimatis gewordene gehen mußte, machte ihn für eine politischen Macht. Er kennt nur noch ein Ziel: „Nur einen Feind seiner Selbstständigkeit, seiner Sittlichkeit, seines Fortschritts in der Rationalisierung hat Deutschland, das ist Frankreich.“ Auf Einladung des Zaren Alexander gab Stein im Mai 1812 nach Rußland, um die deutsche Sache zu fördern. Es nach dem

Brande Moskaus die Friedenspartei am Petersburger Hofe in siegen drohte, rief Stein den schwankenden Zerstörer zum Ausbahren mit. Als dann York seine militärische Macht von Caurogen genobt, war es Stein, der in Königsberg den politischen Widerstand der angestrichen preussischen Bevölkerung brach und die Freiheit der Willkür einer Verweigerung durchsetzte. Dann young er in Breslau den preussischen König, im Bündnis mit Rußland verant zum Befreiungskampf sich zu entschließen. Nach der Leipziger Schlacht zog er als Verweigerer der eroberten Gebiete mit den verbündeten Streitern an den Rhein und über den Rhein. Ohne Stein müßte Alexander nie über die Weichsel, geschweige denn über den Rhein gegangen. Stein war es, der aller Untrigen Metternichs, Schwarzenbergs und anderer zum Troß den Plan Büllchers und Osenhausen, auf Paris zu marschieren, durchsetzte und den Sturz Napoleons herbeiführte. So sehr er sich damals als der beherrschende Geist im Lager der Verbündeten, daß deutsche Offiziere allen Einzelnen seinen bedeutenden Staatsrechtswissen fragten, ab Steins Wahl zum Kaiser nach altdeutschem Recht möglich sei. Aber alle Hoffnungen wurden durch die kleinsten Ränke der Kabinette auf dem Wiener Kongreß zu Schanden gemacht. Stein hatte ein auf dem Vertrauen zwischen Fürsten und Völkern ruhendes deutsches Reich schaffen wollen, ein Gemeinwesen freier Männer, das seine Grundlage in einer möglichen Vereinigung der deutschen Völker angelegentlich Verfassung der einzelnen Staaten hatte. Aber die deutschen Regierungen hielten ihre feierlich gegebenen Versprechungen nicht. Auch in seiner freiwilligen Zurückgezogenheit wirkte Stein für die Enttarnung der preussischen Selbstverwaltung, förderte er das Verständnis für den preussischen Verfassungsstand und mochte er nicht, als die Nation und lebte er Deutschland in der von ihm gegründeten Sammlung deutscher Geschichtsquellen, den „Monumenta Germaniae historica“, einen gelittenen Schatz von unerlöschlichen Lebenskräften. Erst Bismarck sollte nach schweren innerdeutschen Auseinandersetzungen mitens zum Teil das vollenden, was dem freien Reichsritter als Ideal noch vor Augen stand, als er am 29. Juni 1831 auf seinem Schloss Koppburg in Wessfalen starb.

Otmärkisches Ackerlei.

Der „Hohle Kavaliar“ wird abgeriffen.

Der Streit um den „Hohlen Kavaliar“, eines der schönsten noch erhaltenen Kiltürnen Festungswerke, das historisches Wert besitzt, ist durch einen Spruch des Preussischen Kultusministers S i m m e entzerrt worden. Der Streit um die Wiederaufbau des Festungswerkes ist im Gange. Der Streit um das Festungswerk ist sehr lange hin und her gegangen. Die Kiltürner Bürgerchaft war in zwei Teile gespalten. Der eine Teil wollte Kiltürn Luft zur Ausdehnung schaffen und den „Hohlen Kavaliar“ abgeriffen lassen, zumal eine wichtige neugeplante Straße über das Gelände des Festungswerkes gehen sollte. Der andere Teil trat für Erhaltung des mirabarischen Festungswerkes im Gange. Der Streit um die Wiederaufbau des Festungswerkes aus Gründen der Tradition und der baulichen Schönheit ist. Es wurde eine Kompromißlösung dergestalt vorgeschlagen, daß das Festungswerk in der Länge etwas verkürzt und in die Durchführung der neuen Straße unterteilt wird. An der Kollenfrage scheiterte jedoch sowohl die Unterhaltung wie der Umbau des „Hohlen Kavaliars“, der unter dem Namen s i m m e gestellt worden war.

260 Jahre Deutsch-Kroner Gymnasium.

Am 7. Mai d. J. waren es 260 Jahre her, daß das Deutsch-Kroner Gymnasium gegründet wurde. Im Archiv der Anstalt wurde im Herbst 1930 ein Aktenstück gefunden, das einen „Dreißig“ in Sachen der Stadt und Bürgerchaft Deutsch-Kronen, nieder das hiesige Jesuitenkloster“ enthält. Nur die Geschichte des Gymnasiums ist dieses Aktenstück von großem Wert, da es die bisher unbekanntes Gründungsurkunde im Original enthält. Sie ist eigenhändig unterschrieben von König Michael von Polen. Neben dieser Urkunde liegen noch andere Schriftstücke in beglaubigten Abschriften vor, die teilsweise die Geschichte über die Vorgänge bei der Gründung der Schule, die die älteste Abschrift des „Act in der Grenzmark Polen-Wehrpreußen“ ist, geben.

„Strunkan wie ein Polse“

Was man in Polen zu dieser französischen Redensart meint, war im „Mittlungsamt Cuius Cuius“ zu lesen:

„Bekannt ist das französische Sprichwort, das angeblich in napoleonischen Zeiten entstanden ist und das lautet: „Je come un Polonais“ (Ich esse einen Polen) und bedeutet, man ist nicht zufrieden für uns und entspricht tatsächlich nicht einmal der Wahrheit. Der Pole liebt es, sich zu betrinken, aber — falls er nicht ein Weinliebhaber ist — nicht oft. Und das ist doch keine Kränklichkeit.

Hingegen ist interessant, daß die Nation, die dieses Sprichwort erfunden hat und es so oft gebraucht, tatsächlich eine Trinkernation ist. Der Franzose konsumiert eine unübliche Menge verschärfte Getränke. Der alle Dingen ist der Gebrauch von Wein in allen möglichen Gelegenheiten ein deutliches Zeichen der Kränklichkeit. Im Gegensatz dazu trinkt der Pole meistens nur Wasser (1). Außerdem genießt der Franzose verschiedene Getränke dem ganzen Tag über, die tatsächlich nicht viel Alkohol enthalten, aber infolge ihrer Mischung schon eine große Stärke besitzen. Es wird aber nicht nur den Cordon-Rosé und Vermutts gesprochen, die in Paris hauptsächlich die Fremden trinken, 2, die Engländer und Amerikaner, die nicht ohne einige Cocktails pro Tag leben können. Die Franzosen haben dafür noch die schöne Sitte des schwarzen Kaffees mit „Inclusions“ verschärfender Vitke.

Der Tap des Franzosen ist der Mann mit den roten Wangen. Tatsächlich ist es schwer, dies in Paris nicht festzustellen. Und diese Rote wird durch den Zustand ständiger Alkoholisierung herbeigeführt.

Wenn hier also der Pole festsetzt, daß er ebenfalls betrinkt und dann „ivre“ ist, so frinkt der Franzose dem ganzen Tag hindurch und ist ständig im Dufel, „frank“. Um der Gerechtigkeit Genüge zu tun, muß man also das Sprichwort „Je come un Polonais“ ein wenig lesen: „Cris come un Français“.

Koranwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Krelb, Berlin-Triebeben. — Verlag: Deutscher Diktand C. B., Berlin. Einlieferungen an die Schriftleitung, Berlin-Gartenstadt 2, Hardenbergstr. 43 (Fernruf C1 Steynplatz 8031). — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW 68.